

I. *Missionary Foreign Policy?* Demokratie und gewaltsamer Demokratieexport der USA aus der Sicht der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen*

Jochen Hils

»Es ist richtig, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt, dass er sich von Ideen gefangen nehmen, von Solidarisierungen leiten lässt. Genau so richtig ist, dass er, als Kollektiv, zu solchen Emotionalisierungen erst durch mehr oder minder kunstvolle Manipulation seines Bewusstseins gebracht werden muss« (Ernst-Otto Czempel 1996b: 119).

1. Zustand und Export der US-Demokratie unter George W. Bush: (Individuelle) Macht oder (kollektive) Mission?

Was die US-Außenpolitik seit den Terroranschlägen von New York und Washington antreibt und motiviert wird ebenso kontrovers diskutiert wie die Frage nach der grundlegenden Natur des außenpolitischen Entscheidungsprozesses im Gefolge des 11. September 2001. Um mit der *Politics*-Dimension zu beginnen: Während Arthur Schlesinger Jr., der Schöpfer des Begriffs und Konzepts (Schlesinger 1989 [1973]), die Wiederbelebung einer »imperialen«, demokratisch nicht mehr kontrollierten und jenseits der Verfassung operierenden Präsidentschaft diagnostiziert (Schlesinger 2004: 45-67), kommen andere Autoren – ironischerweise anhand von Schlesingers eigenem Kriterienset – zu einem diametral entgegengesetzten Befund. Nicht nur die These von der Wiederkehr der imperialen Präsidentschaft entbehrt demnach jeglicher Grundlage. Vielmehr sei selbst der weniger weit reichende Befund einer »bloßen« Stärkung der Präsidentschaft durch die neue äußere Bedrohung nur partiell

* Für wertvolle Hinweise und Kommentare danke ich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fachtagung »Defekte Demokratie – Crusader State? Die Weltpolitik der USA in der Ära Bush«, die Ende April 2005 in Lambrecht/Pfalz stattfand, insbesondere Hans-Jürgen Puhle, sowie Christian Lammert und Katja Rüb.

haltbar (Schreyer 2003: 22f; vgl. dazu auch den Beitrag von Schreyer in diesem Band).¹

Zumindest der Tendenz nach hat die Positionierung im Spannungsfeld zwischen diesen beiden *Politics*-Diagnosen auch Konsequenzen, was die Meinungsbildung in der Frage nach den Antriebskräften und Motiven der US-Außenpolitik anbelangt. Neigt man bewusst oder unbewusst dem »imperialen« Pol zu, so reduzieren sich nicht nur die in diesem Zusammenhang relevanten Akteure beträchtlich. Vielmehr legt die angenommene Machtkonzentration auf Seiten der Präsidentschaft und die mangelnde demokratische Kontrolle nach innen auch den Gedanken nahe, dass nach außen lediglich die Eigeninteressen einer herrschenden Minderheit und der ihr nahe stehenden gesellschaftlichen Gruppen verfolgt werden. Artikuliert die herrschende Minderheit öffentlich außenpolitische Motivationen und Ziele, die allem Anschein nach im Einklang mit dem (inter)nationalen Allgemeininteresse stehen,² so ist es folglich angezeigt, die Authentizität oder Glaubwürdigkeit dieser Äußerungen in Frage zu stellen und sich auf die Suche nach den wahren Motiven zu

1 Was der Historiker Schlesinger auf den US-Kontext bezogen als imperiale Präsidentschaft bezeichnet hat (vgl. für eine kritische Rekapitulation seiner Definitionskriterien Schreyer 2003: 6-10 sowie Schreyers Beitrag in diesem Band), weist Ähnlichkeit zu dem auf, was in der empirischen Demokratietheorie delegative (defekte) Demokratie genannt wird (Merkel et al. 2003: 276-288). Das zentrale Defizit einer delegativen Demokratie liegt in einer mangelnden horizontalen Gewaltenkontrolle begründet (Merkel et al. 2003: 54). Hans-Jürgen Puhle (2004: 11) stellt dazu kurz und bündig fest: »In a system of this type (...) the mechanisms of horizontal accountability, the checks and balances are out of order.« In präsidentiellen Regierungssystemen, die nach Meinung einiger Autoren hierfür besonders anfällig sind (kritisch dazu Merkel et al. 2003: 276-288), mündet dieser Defekt in der Regel in einen »hyperpresidentialism« (Linz 1994: 5). Es muss allerdings betont werden, dass die USA in dieser Hinsicht durchweg als löbliche und stabile Ausnahme unter den präsidentiellen Regierungssystemen gelten. Juan Linz (1994: 77, Fn. 15) spricht hier gar von einem »American exceptionalism«. Dennoch zeigen sich prominente Demokratietheoretiker wie Robert Dahl seit jeher über undemokratische Tendenzen besorgt, die in der amerikanischen Präsidentschaft angelegt seien, und befürworten vor diesem Hintergrund die parlamentarische Variante der Demokratie (Cameron et al. 1988: 166). Vgl. für eine kritische Gesamteinschätzung der US-Demokratie Dahl (2001) und – mit aktuelleren Bezügen – Hils (2004).

2 Das Allgemeininteresse (oder Allgemeinwohl, öffentliches Wohl etc.) wird hier und im Folgenden als ein akteurszentriertes Gut verstanden. In den Worten von Robert Dahl: »The general good of a city or a nation can always be decomposed into what is good for the persons in the community or nation or who are affected by it. *The general good is not something different from the interests or the good of the persons who compose the collectivity or are affected by it*« (Dahl 1989: 72, meine Hervorh.).

begeben, die im Verborgenen geblieben sind. Die öffentlichen Sprechakte der Regierenden stehen aus dieser Perspektive also unter dem Verdacht, rein rhetorische Manöver oder Manipulationsversuche zu sein, mit dem Ziel, Partikularinteressen nach innen und außen zu verschleiern und unter der Hand (inter)national mehrheitsfähig zu machen.

Vor allem was den Irakkrieg angeht, sind die Außenpolitik und die sie begleitenden öffentlichen Verlautbarungen der Administration von George W. Bush häufig mehr oder minder so gelesen worden. Um hier nur ein prominentes Beispiel zu nennen: Erst kürzlich kam Tony Smith, Autor des zentralen Pionierwerks zur amerikanischen Demokratieförderungspolitik (T. Smith 1994a),³ der zu Beginn der 1990er Jahre unter dem Titel »In Defense of Intervention« (T. Smith 1994b) die militärische Intervention der Clinton-Administration in Haiti zur Wiederherstellung der dortigen Demokratie in Schutz genommen hatte, im Hinblick auf den dritten Golfkrieg zu folgendem Urteil:

»(I)t was apparent all along that the call for democratic regime change was an integral part of a power play by Washington to control the entire Middle East – for the sake of the »war on terror, to dominate the international oil market, and to reassure Israel. In these circumstances, the democratizing effort could easily be interpreted not as liberating but as subjugating the region to self-interested outsiders« (T. Smith 2004: 130/131).⁴

3 So kommen Michael Cox, G. John Ikenberry und Takashi Inoguchi (2000: 4) in der Einführung ihres Sammelbands zur US-Demokratieförderung zu dem Schluss: »There are studies galore of American foreign policy in the modern epoch, but until Tony Smith's challenging volume on democracy promotion (published in 1994) there had been no serious academic study on the subject.«

4 Wenn ich im Folgenden argumentiere, dass es sich bei Smiths Position um eine handelt, die der liberalen Theorie nahe steht, so ist das mit Blick auf das Zitat nicht ganz korrekt. Denn was die dort genannten »wahren« Motive für den Irakkrieg angeht, können sie sowohl als *Partikularinteresse der Bush-Regierung* (und der ihr nahe stehenden gesellschaftlichen Gruppen) wie auch als *gesamtstaatliches Interesse der USA* gelesen werden. Macht man sich die zuletzt genannte Lesart zu Eigen, so würde es sich hier, wie die folgende Aussage von Joseph Grieco (1997: 166, meine Hervorh.) deutlich macht, um eine dem Realismus nahe stehende Position handeln: »The second part of the cluster of realist assumptions about the nature of states is that they have *sufficient autonomy from their national societies to recognize and pursue the interests of the nation as a whole, and not just those of particular powerful groups within the community, and they might actually establish goals and strategies that run counter to the preferences of important parts of society*. This is a vitally important assumption for realists, for it enables them to posit the view that decisionmakers respond on behalf of the nation-state as a whole to the opportunities and dangers engendered by the international system.«

Dagegen formuliert John Lewis Gaddis unter der Überschrift »Sowing the Seeds of Change« im Rahmen einer Einschätzung zur *Grand Strategy* der USA in der zweiten Amtszeit von George W. Bush:

»President Bush has insisted that the world will not be safe from terrorists until the Middle East is safe for democracy. It should be clear by now that he is serious about this claim: it is neither rhetorical nor a cloak for hidden motives« (Gaddis 2005: 12).

Noch einen Schritt weiter weg von Smiths Urteil führt der Befund von Michael Mazarr, der sich gegen die Lesart wendet, die Bush-Regierung sei vor allem realistisch, d.h. macht- und sicherheitspolitisch motiviert: »This is a missionary, idealistic administration in the best – and sometimes worst – traditions of Wilsonianism« (Mazarr 2003: 509; vgl. auch Hils/Wilzewski 2004: 207-209). Ein ähnliches, noch ausdrücklicher auf die Programmatik der weltweiten Demokratisierung bezogenes Urteil findet sich bei Edward Rhodes:

»(T)his is Wilsonianism with a vengeance. The objective of American foreign policy, President Bush makes clear, is nothing less than a transformation of world politics, domestic as well as international, using American power – military as well as economic and political – to build liberal societies and polities (...) It is possible to share with the Bush administration *a profound and deeply held belief that America's liberal western democratic values and institutions are more conducive to human happiness and well-being than any alternative* and yet still doubt the wisdom of this grand strategy. It is, in other words, not the liberal faith that I suggest needs questioning, but the crusading imperative peculiar to particular liberal denominations, like those of President Bush and Wilson« (Rhodes 2003: 133 u. 143, meine Hervorh.).⁵

5 US-Präsident Woodrow Wilson (1913-1921) bekundete nicht erst im Rahmen der Kriegserklärung gegen das Deutsche Reich, dass er beabsichtige, »die Welt sicher für die Demokratie zu machen« (vgl. T. Smith 1994a: 84-109). Vielmehr hatte er bereits die Besetzung des mexikanischen Veracruz (1914) sowie die Interventionen in Haiti (1915) und in der Dominikanischen Republik (1916) als Teil einer regionalen Demokratieförderungspolitik gerechtfertigt (T. Smith 1994a: 5 u. 60-83; vgl. dazu auch den Beitrag von Christopher Daase in diesem Band). Zu Wilson konstatiert Michael Cox (2000: 235): »(I)n the great contemporary debate about America's democratic mission, the name of Woodrow Wilson figures very prominently, and for good reason. More than anyone else, he remains the president most readily associated with the idea of democracy and democracy promotion.« Cox (2000: 235-238) kritisiert allerdings das gängige Bild, welches Wilson als moralischen Kreuzzügler und machtsvergessenen Idealisten zeige (vgl. auch Cox et al. 2000: 6f).

Diese konträre Ansicht, wonach auch »selbstlose«, offenbar nicht primär der Eigennutzmaximierung verpflichtete Äußerungen von Regierenden authentisch und glaubwürdig sein können, wird vor allem (aber nicht nur) in einer Argumentationsfigur vertreten, welche die Motivationen und Ziele der Herrschenden als Ausdruck einer gesamtgesellschaftlich verbindlichen politischen Kultur oder nationalen Identität betrachtet.⁶ Insofern tritt auch die Frage nach einer »imperialen« oder nicht-»imperialen«, ja überhaupt die Bedeutung jeglicher *Politics*-Konstellation hier in den Hintergrund: Wenn bestimmte Ideen, Werte und Normen in praktisch jedem einzelnen Individuum einer staatlich verfassten Gesellschaft gleich stark verankert sind, ist es völlig irrelevant, wer die Regierung stellt und wie in- oder exklusiv ihre gesellschaftliche Basis ist – die geteilten Ideen, Werte und Normen werden sich bei buchstäblich jeder Varianz in der politischen Repräsentation durchsetzen.

Das abgeschwächte »imperiale« Argument, das von einer Manipulation der (inter)nationalen Öffentlichkeit als einer notwendigen Voraussetzung für die Herrschaftssicherung und Politikdurchsetzung nach innen und außen ausgeht, und das kulturelle Argument, welches auch »selbstlose« öffentliche Äußerungen der Regierenden für authentisch, glaubwürdig und repräsentativ hält, lassen sich von ihrer Grundstruktur her unschwer an die Theorien der Internationalen Beziehungen (IB) rückbinden: Die erste Position steht der liberalen Theorie, die zweite konstruktivistischen Ansätzen, vor allem dem so genannten sozietalem Konstruktivismus nahe (Boeckle et al. 1999: 25-29).⁷ Allerdings sind die Trennlinien

6 So wird auch die Neigung der USA zur Demokratieförderung – zumindest im Lager derjenigen, die diesen Impuls für authentisch und nicht nur für »cheap talk« (Schweller 2000: 62) halten – häufig auf kulturelle Faktoren zurückgeführt (vgl. T. Smith 2000: 89; Travis 1998: 253f). Für eine eher rationalistische bzw. materialistische Deutung vgl. Ralph (2001, 2000) und S. Smith (2000).

7 So formulieren Henning Boeckle, Volker Rittberger und Wolfgang Wagner: »Der Ausgangspunkt der konstruktivistischen Außenpolitiktheorie besteht in ihrer Kritik am Konzept des nutzenmaximierenden *homo oeconomicus* (...) Im Rahmen dieses Akteursmodells können Ideen, Werte und Normen lediglich als Instrumente zur zweckrationalen Durchsetzung gegebener Interessen eine Rolle spielen. Die konstruktivistische Außenpolitiktheorie betont demgegenüber den unabhängigen Einfluss dieser Variablen« (Boeckle et al. 1999: 3, meine Hervorh.). Vor diesem Hintergrund ersetzt die konstruktivistische Außenpolitiktheorie das in rationalistischen IB-Theorien vorherrschende Akteurskonzept durch ein Menschenbild, welches diesen als *Homo Sociologicus* oder *Role Player* begreift, der gemäß einer Logik der Angemessenheit und nicht eigennutzmaximierend handelt (Boeckle et al. 1999: 3). Vgl. für eine kritische Auseinandersetzung mit der Logik der Angemessenheit Sending (2002).

hier weniger scharf als das die vorherige Gegenüberstellung der beiden Positionen zunächst vermuten lassen würde. Das liegt vor allem daran, dass die liberale Theorie – trotz der verdienstvollen integrierenden Neuformulierung von Andrew Moravcsik (2003, 1997, 1992) – bislang noch erhebliche Unterspezifizierungen und theorieimmanente Widersprüche aufweist (vgl. Hils 2003a: 18-90). Der Konstruktivismus seinerseits, darauf sei hier hingewiesen, beansprucht erst gar nicht eine in sich geschlossene Theorie zu sein und wird zurecht als theoretisch angeleitete Forschungsperspektive charakterisiert (Krell 2000: 240).⁸

Mein Beitrag zielt darauf ab, den Zusammenhang zwischen der (gegenwärtigen) Qualität der US-Demokratie und der unter George W. Bush scheinbar erneut zum Vorschein gekommenen Neigung der Vereinigten Staaten zum gewaltsamen wie friedlichen Demokratieexport aus der Perspektive der liberalen Theorie zu betrachten und zu interpretieren.⁹ Die Qualität einer Demokratie (vgl. zur Begrifflichkeit den Beitrag von Hans-Joachim Lauth in diesem Band) oder – um es offener und im Sprachgebrauch der liberalen Theorie zu formulieren – das Ausmaß an

8 Auch für Jeffrey Checkel (1998: 325) stellt sich der Konstruktivismus in erster Linie als Methode dar; ähnlich das Urteil bei Fearon/Wendt (2002: 52).

9 Auf der *rhetorischen* Ebene nimmt das Thema Demokratieförderung zu Beginn der zweiten Amtszeit von George W. Bush zweifellos einen zentralen Stellenwert ein (vgl. White House 2006, 2005). Was der Beitrag weder leisten kann noch will, ist eine Einschätzung hinsichtlich der Frage, ob oder inwieweit der Hang zum Demokratieexport unter dem jüngeren Bush *tatsächlich* zugenommen hat. Zur Genese dieses Impulses nur so viel: Tony Smith (1994a: 6f) geht davon aus, dass das, was er einen »liberal democratic internationalism« nennt, erstmals von der Wilson-Administration (1913-1921) ausformuliert und praktiziert wurde und nach dem Zweiten Weltkrieg eine Blütezeit erlebte. In den Amtszeiten der Präsidenten Johnson, Nixon und Ford (1963-1977) verschwand der Impuls dann zwar fast völlig (T. Smith 1994a: 9). Unter Jimmy Carter (1977-1981) und Ronald Reagan (1981-1989) lebte er aber wieder auf und setzte sich auch unter George H. W. Bush (1989-1993) und Bill Clinton (1993-2001) fort. Während Reagan von G. John Ikenberry (2000: 104) als »the great Wilsonian of our age« bezeichnet wird – »No administration since Wilson's«, so auch Tony Smith (1994a: 304), »has been as vigorous or as consistent in its dedication to the promotion of democracy abroad as that of Ronald Reagan« –, wird Clinton von Cox (2000: 228) als »pragmatic crusader« charakterisiert, für den Demokratieförderung keine alles überragende moralische Pflicht, sondern lediglich ein außenpolitisches Ziel unter vielen gewesen sei (vgl. zur so genannten *Engagement-and-Enlargement*-Strategie der Clinton-Regierung auch Travis 1998: 256-265). Aus dem gleichen Grund rät uns Rick Travis (1998: 256) das Ausmaß an Unterstützung für Demokratisierungsbemühungen innerhalb der Administration des älteren Bush nicht zu überschätzen (ähnlich T. Smith 1994a: 321-323). Vgl. dazu auch den Beitrag von Christopher Daase in diesem Band.

gesellschaftlicher Partizipation (Czempiel 1996a) bzw. die Bandbreite an politischer Repräsentation (Moravcsik 2003, 1997, 1992) steht seit jeher im Fokus dieser Denkschule. Die bekannteste Hypothese, die ihrem ideengeschichtlichen und logischen Ursprung nach der liberalen Theorie zuzuordnen ist und seit den frühen 1980er Jahren ein stetig expandierendes Forschungsprogramm hervorgebracht hat, lautet in ihrer starken Variante, dass Demokratien in ihrem Außenverhalten durchgängig zum Gewaltverzicht neigen. Die schwache Variante behauptet dagegen lediglich, dass sie untereinander keine Kriege führen. Innerhalb der eklektisch verlaufenden theoretischen Debatte um den so genannten Demokratischen Frieden (Müller 2004: 36), die den Rahmen der liberalen Theorie mitunter weit hinter sich gelassen hat, ist die Frage, ob (bestimmte) Demokratien aus einer »missionarischen« Motivation heraus eine erhöhte Gewaltbereitschaft gegenüber Autokratien und totalitären Systemen an den Tag legen, bislang allenfalls am Rande behandelt worden.¹⁰

Ich werde im Folgenden argumentieren, dass zumindest die Vorstellung eines auf hohem Niveau betriebenen *gewaltsamen* Demokratieexports für die liberale Theorie praktisch nur unter der Bedingung erheblicher demokratischer Defizite im Ursprungsland des Demokratieexports denkbar ist. Mit anderen Worten: Die liberale Theorie legt einen umgekehrt proportionalen Zusammenhang zwischen der Qualität einer Demokratie im Innern und ihrem Hang zum gewaltsamen Demokratieexport nahe.¹¹ Das Diktum »the United States cannot install democracy abroad if it lacks it at home« (Fisher 2003: 410) wäre also – zumindest was den *gewaltsamen* Demokratieexport angeht – aus der Sicht der liberalen Theorie genau in ihr Gegenteil zu verkehren: Je weniger demokratisch der außenpolitische Entscheidungsprozess der USA organisiert ist, desto größer ist ihre Fähigkeit zum gewaltsamen Demokratieexport. Dabei kann eine liberal-imperialistische Mission (so die Begrifflichkeit

10 Vgl. aber jüngst dazu Daase (2004: 61-63) sowie – mit einer (liberalen) ideengeschichtlichen Fokussierung auf Immanuel Kant – Doyle (2000: 23 u. 38). Russett (2005: 397-400) diskutiert die (spärliche) quantitative Literatur zu der Frage, ob (bestimmte) Demokratien zu gewaltsamer Demokratieförderung neigen.

11 Nebenbei bemerkt liegt es auch aus einer normativen demokratietheoretischen Perspektive nahe, gewaltsame Demokratisierungsversuche als einen Widerspruch in sich selbst zu betrachten. So konstatiert etwa David Held (1995: 231) im Rahmen der Entfaltung seiner kosmopolitischen Demokratietheorie: »It would be a contradiction of the very idea of democracy itself if a cosmopolitan democratic order were created non-voluntarily, that is, coercively. If the initial inauguration of a democratic international order is to be legitimate, it must be based on consent.«

bei Rhodes 2003) selbst nicht die anfängliche Ursache für demokratische Defizite im Innern sein, zumal ihr erhebliche Beeinträchtigungen der demokratischen Qualität *vorausgehen* müssen.¹²

Im Kern ist die liberale Sichtweise, wonach zwischen der Qualität einer Demokratie im Innern und ihrem Hang zum gewaltsamen Demokratieexport ein umgekehrt proportionaler Zusammenhang besteht, einem Akteurskonzept geschuldet, das Individuen und gesellschaftliche Gruppen als im Durchschnitt rational und risikoscheu ansieht (Moravcsik 1997: 516) und in einer noch stärkeren Variante sogar von einer dezidierten Kriegsabneigung auf Seiten einer bürgerlichen Gesellschaft ausgeht (Czempiel 1996a: 80). Transnationaler Empathie und missionarischem Eifer sind deshalb ebenso enge Grenzen gesetzt wie außenpolitischen »Abenteuern« im Allgemeinen. Ein hohes Ausmaß an gesellschaftlicher Partizipation bzw. eine große Bandbreite an politischer Repräsentation bei einer gleichzeitig stark ausgeprägten (»missionarischen«) Risiko- und Gewaltbereitschaft nach außen hat die liberale Theorie deshalb seit jeher mit Hilfe anderweitiger demokratischer Defizite zu erklären versucht.

Eine prominente Hypothese, die in diesem Zusammenhang immer wieder in Erscheinung tritt, geht davon aus, dass das Volk manipulierbar sei: Seine eigentlich mäßigen Anforderungen an das politische System könnten auf unzulässige Weise medial verzerrt oder gar in ihr Gegenteil verkehrt werden. Allerdings hat noch keiner der liberalen Theoretiker, die dieser Auffassung zuneigen, eine Operationalisierung des Manipulationsbegriffs vorgelegt (vgl. dazu aber den Vorschlag bei Hils 2003a: 62-75). Als noch prekärer ist jedoch der Umstand zu werten, dass mediale *Manipulationen*, ja selbst mediale *Beeinflussungen* (vgl. zum Unterschied zwischen beiden Begrifflichkeiten Kapitel 3.2.) bislang in einem manifesten Widerspruch zu den Grundannahmen der liberalen Theorie stehen. Will man die Validität des Manipulationsarguments überprüfen, so muss es folglich zunächst einmal in die Theorie eingepasst werden. Dazu ist es notwendig, die zentralen Akteure als informationell *beeinflussbar* zu konzipieren, was sie bisher (zumindest in der einflussreichen Konzeption von Andrew Moravcsik) *per definitionem* nicht sind.

12 Das heißt im Umkehrschluss natürlich nicht, dass eine solche Mission keine negativen Rückwirkungen auf die Qualität der sie betreibenden Demokratie haben kann. So betont etwa Rhodes (2003: 143) mit Blick auf die Bush-Administration: »However noble the objective for which it is undertaken, an imperial mission threatens the liberal democracy of a republic that chooses to pursue this path.« Ähnlich das Urteil von Josef Braml in diesem Band. Vgl. für einen zumindest in Teilen konträren Befund den Beitrag von Martin Kahl und Reinhard Wolf.

Ich gehe im Folgenden so vor: Zunächst werde ich eine um den Faktor Information und den Akteur Medien erweiterte liberale Theorie skizzieren (vgl. Hils 2003a: 18-90), die einige der theoretischen Unterspezifizierungen und theorieimmanenten Widersprüche innerhalb des Entwurfs von Moravcsik auszufüllen und zu korrigieren versucht. Ich konzentriere mich dabei auf die ersten beiden Grundannahmen der Konzeption (Kapitel 2). Im Anschluss daran werden liberale Annahmen und Hypothesen zum Zusammenhang zwischen Demokratie im Innern und (gewaltsamem) Demokratieexport vorgestellt und am US-Beispiel überprüft. Manipulationsargumente, so mein Befund, können hier allenfalls eine ergänzende Rolle spielen (Kapitel 3). Der Schlussteil skizziert eine Erklärung für den gewaltsamen Demokratieexport bzw. die »Kriegsfähigkeit« der Vereinigten Staaten, welche ein besonderes Gewicht auf Defizite in der parlamentarischen Kontrolle von US-Militärinterventionen legt, dabei aber das Argument medialer Beeinflussung nicht völlig aus dem Blick verliert (Kapitel 4).

2. *Bottom-up or Top-down?* Unterspezifizierungen und Widersprüche innerhalb der liberalen Theorie

2.1. Autonomie ohne Information: Die erste Grundannahme

Manipulationsargumente finden sich in konzeptionellen Arbeiten zur liberalen Theorie allenthalben (vgl. dazu im Detail Hils 2003a: 18-62). So stellt etwa Moravcsik (1997: 519) im Hinblick auf zwischenstaatliche Interaktionen fest, dass die im Innern generierten Präferenzen eines Staates aus der Sicht der liberalen Theorie *per definitionem* von den Taktiken anderer Staaten, wie etwa der Manipulation von Information, unberührt bleiben. Während politische Systeme in zwischenstaatlichen Interaktionen offensichtlich in der Lage und willens sind, Information zu manipulieren, verfügen sie nach innen anscheinend über kein interessiertes kommunikatives Eigenleben. Wenn Informationsmanipulation auf der nationalen Ebene stattfindet, dann scheint sie sich bei Moravcsik grundsätzlich außerhalb des politischen Systems zu ereignen und als Hilfsmittel für die zentralen Akteure der liberalen Theorie – die Individuen und privat gegründeten Gruppen einer staatlich verfassten Gesellschaft – zu fungieren, mit dem das politische System für eigennützige

Zwecke instrumentalisiert werden kann. Diesen Schluss legt unter anderem die folgende Aussage nahe:

»Even where government institutions are formally fair and open, a relatively inegalitarian distribution of property, risk, information or organizational capabilities may create social and economic monopolies able to dominate policy« (Moravcsik 1997: 518).

In einem ähnlichen Sinne konstatiert Moravcsik zusammen mit Jeffrey Legro, dass die liberale Theorie die Art und Weise betone, wie Ideen, die von Gruppen geteilt oder manipuliert würden, staatliche Präferenzen und Politik beeinflussen (Legro/Moravcsik 1999: 11). Auch hier scheint die Manipulation außerhalb des politischen Systems stattzufinden.

Die Aussage von Legro und Moravcsik beinhaltet eine Konsequenz, die theoretisch – wie gleich noch zu zeigen sein wird – bemerkenswert ist: Die Ideen manipulierende gesellschaftliche Gruppe ist zwar allem Anschein nach mit Blick auf ihren Präferenzbildungsprozess autonom. Es macht hier aber ganz offensichtlich nur dann Sinn von Manipulation zu sprechen, wenn jene gesellschaftlichen Individuen und Gruppen, an die diese Taktik adressiert ist, hinsichtlich der autonomen Ausbildung ihrer eigenen Präferenzen fundamental eingeschränkt sind. Legro und Moravcsik behaupten also, dass sich bei den zentralen Akteuren der liberalen Theorie von anderen Individuen und gesellschaftlichen Gruppen herbeigeführte, mithin nicht eigenständige Präferenzänderungen vollziehen können. Offen bleibt dabei zunächst noch, ob sich ihre Aussage ausschließlich auf gesellschaftliche Akteure außerhalb des politischen Systems oder auch auf Individuen und Gruppen innerhalb desselben bezieht. Wie eine weitere Textstelle deutlich macht, ist offenkundig Letzteres der Fall. (Auch das ist, wie gleich deutlich werden wird, bemerkenswert.) So konstatieren sie im Rahmen eines Versuchs, einem Vertreter des realistischen Paradigmas konzeptionelle Anleihen bei der liberalen Theorie nachzuweisen:

»*What could be more classically liberal* (...) than Van Evera's well-reasoned conjecture that misperceptions ›originate with the world's propagandists, spin doctors, and professional obfuscators, whose self-serving falsehoods become national misperceptions‹ and that ›publics misperceive because they are misled by national leaders, state bureaucracies, or propagandists« (Legro/Moravcsik 1999: 33, meine Hervorh.).

Mit Blick auf die paraphrasierten und zitierten Textstellen lässt sich die Kernaussage von Legro und Moravcsik komprimiert wie folgt zusammenfassen: *Die liberale Theorie geht davon aus, dass Informationen und Ideen von*

Individuen und gesellschaftlichen Gruppen innerhalb und außerhalb des politischen Systems mit nachhaltigen Konsequenzen für die Präferenzen anderer nationaler Akteure manipuliert werden können.

Das theoretisch Prekäre dieser Kernaussage wird deutlich, wenn man sich die Grundannahmen der liberalen Theorie vor Augen führt, wie sie verdienstvollerweise von Moravcsik formuliert wurden.¹³ Sie verkörpern den Grundriss eines dreistufigen, »von unten nach oben« – in der Abfolge (nationale) Gesellschaft, (nationales) politisches System, internationales System – verlaufenden linearen Modells, mit dem die liberale Theorie das einzelstaatliche Außenverhalten und zwischenstaatliche Interaktionen konzeptionalisiert. (Informationelle) Rückkoppelungen und (kommunikative) Vorgänge, die entgegen der Richtung der Linearität verlaufen, sind dabei nicht vorgesehen und werden mit Hilfe von *a-priori*-Setzungen sogar dezidiert ausgeschlossen. Die Kurzformulierungen der drei Grundannahmen lauten wie folgt:

»The fundamental actors in international politics are individuals and private groups, who are on the average rational and risk-averse and who organize exchange and collective action to promote differentiated interests under constraints imposed by material scarcity, conflicting values, and variations in societal influence« (Moravcsik 1997: 516).

»States (or other political institutions) represent some subset of domestic society, on the basis of whose interests state officials define state preferences and act purposively in world politics« (Moravcsik 1997: 518).

»The configuration of interdependent state preferences determines state behavior« (Moravcsik 1997: 520).

Bereits Moravcsiks Erläuterungen zur ersten Grundannahme der liberalen Theorie machen deutlich, dass seine Konzeption einer rigiden und kompromisslosen »bottom-up« view of politics« (Moravcsik 1997: 517)

13 Moravcsik kommt das unbestreitbare Verdienst zu, erstmals den Versuch unternommen zu haben, ein kohärentes und klar abgegrenztes liberales Theoriegebäude zu konzipieren. Zuvor war die liberale Theorie, wie er zurecht kritisiert, entweder mit Hilfe ideengeschichtlicher Bezüge oder aber teleologisch definiert worden – »according to its purported optimism concerning the potential for peace, cooperation, and international institutions in world history« (Moravcsik 1997: 514). Deshalb sieht Moravcsik seinen zentralen Beitrag zur Theoriebildung völlig zurecht darin, liberale Hypothesenkomplexe an von ihm erstmals ausformulierte Grundannahmen rückgebunden bzw. bei Unvereinbarkeit aus dem Theoriegebäude ausgegliedert zu haben (Moravcsik 1997: 514f). Vgl. zu einer Einschätzung von Moravcsiks Werk Harnisch (2003: 325-328).

verpflichtet ist. Demnach definieren die zentralen Akteure nicht nur ihre materiellen und ideellen *Interessen* unabhängig von politischen Prozessen. Vielmehr werden auch die *Anforderungen* von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen als analytisch vorgängig gegenüber politischen Prozessen behandelt (Moravcsik 1997: 517). Gleiches gilt für die *Präferenzen* der zentralen Akteure, die als Bindeglied zwischen den beiden zuvor genannten analytischen Begrifflichkeiten verstanden werden müssen. In der älteren konzeptionellen Arbeit Moravcsiks kommt das Postulat der Unabhängigkeit gesellschaftlicher Präferenzen noch klar in der Kurzformulierung der ersten Grundannahme zum Ausdruck: »The fundamental actors in world politics are individuals and privately-constituted groups with autonomous preferences« (Moravcsik 1992: 2).

Die drei hier genannten *a-priori*-Festlegungen innerhalb der ersten Grundannahme dienen allesamt dazu, die nationale Gesellschaft als ein erstes Plateau des liberalen Stufenmodells zu etablieren, das von der nachfolgenden Ebene – dem Staat, der in der zweiten Grundannahme thematisiert wird – vollkommen unbeeinflusst existiert. Die *a-priori*-Festlegung, wonach sich gesellschaftliche Interessen unabhängig formieren, ist dabei für sich genommen nicht weiter problematisch.¹⁴ Die Tatsache jedoch, dass hinsichtlich der zentralen Akteure kein systematischer Versuch unternommen wird, *Interessen* und *Präferenzen* (bzw. die daraus resultierenden *Anforderungen*) voneinander abzugrenzen, hinterlässt in konzeptioneller Hinsicht eine Blindstelle, hinter der sich eine folgenreiche theoretische Unbestimmtheit verbirgt.

Geht man davon aus, dass Akteure grundlegende Interessen besitzen, die sie in Entscheidungssituationen zu Politikpräferenzen konkretisieren (Bienen et al. 1999: 16), dann ist es nur in einem Fall möglich und sinnvoll, gesellschaftliche Präferenzen und die daraus resultierenden Anforderungen an das politische System als *unmittelbare* Derivate von zu Grunde liegenden Interessen zu begreifen – wenn man das Vorhandensein von *vollständiger* Information unterstellt. Nur dann können Akteure Präferenzen ausbilden, die *optimal* auf ihre Interessen zugeschnitten sind, nur dann ist es plausibel, *uneingeschränkt* autonome Präferenzbildungsprozesse zu unterstellen. Nun geht aber Moravcsik selbst nicht von einer *substantziellen* Rationalität seiner zentralen Akteure aus, bei der Unsicherheit oder Informationsbeschränkungen nicht berücksichtigt werden müssten (Bienen et al. 1999: 4). Vielmehr stellt sich für ihn eine Gesellschaft als ein

14 Natürlich kann diese Exogenisierung von Interessen als solche kritisiert werden. Sie wirft aber keine logischen Probleme innerhalb des liberalen Theoriegebäudes auf.

Aggregat von »boundedly rational individuals« (Moravcsik 1997: 517) dar. Ein solches Rationalitätsverständnis ist allerdings mit theoretisch-konzeptionellen Konsequenzen verbunden:

»(R)ationales Verhalten nach Maßgabe des Prinzips der *prozeduralen Rationalität* oder »bounded rationality« (ist) dadurch gekennzeichnet, dass ein Akteur unter den ihm subjektiv bekannten Handlungsalternativen und unter den sonstigen Beschränkungen, denen er unterliegt (Unsicherheit etc.), die nutzenmaximierende Alternative auswählt (...) Ebenso müssen die Informationsrestriktionen und Informationsverarbeitungsprozesse des Akteurs bekannt sein wie die Menge der Handlungsalternativen, die aus Sicht des Akteurs zur Verfügung stehen« (Bienen et al. 1999: 5).

Hier wird jenseits der exkursorisch angeführten Manipulationsargumente deutlich, dass der Faktor Information und der Akteur Medien in Moravcsiks Modell eigentlich einen prominenten Stellenwert einnehmen müssten. Tatsächlich werden sie aber vollständig ignoriert. Das hat weniger mit dem großtheoretischen Anspruch und der Offenheit des Entwurfs,¹⁵ allenfalls etwas mit der Formulierung einer klaren subsystemischen Alternative zum realistischen Paradigma,¹⁶ vor allem aber mit einem puristisch vertretenen Pluralismus zu tun: Staatlich verfasste Gesellschaften werden von Moravcsik praktisch ausschließlich als die Summe von organisierten Einzelinteressen begriffen. Politisch einflussreiche Interessengruppen, nicht eine möglicherweise medial beeinflussbare öffentliche Meinung stehen im Zentrum seiner Konzeption. Auch inso-

15 Die Konzeption soll keine ausschließliche Außenpolitiktheorie und nicht nur auf Demokratien anwendbar sein (Moravcsik 1997: 515 u. 547).

16 Wenn Individuen und gesellschaftliche Gruppen als informationell beeinflussbar konzipiert würden, wäre es schwierig, die für den Realismus zentrale Autonomie der politischen Akteure nach innen glaubwürdig in Frage zu stellen (vgl. zu dieser »anti-liberalen« Grundannahme des Realismus die in Fußnote 4 zitierte Aussage von Joseph Grieco). Hinsichtlich der logischen Konsequenzen einer erfolgreichen (medialen) Manipulation des Volkes besteht der zentrale Unterschied zwischen beiden Denkschulen darin, dass die liberale Theorie in diesem Fall davon ausgehen muss, dass die von Repräsentationszwängen weitgehend befreiten politischen Akteure damit beginnen, die nationale Außenpolitik verstärkt nach ihrem individuellen und/oder kollektiven Eigennutz zu gestalten. Der (Neo)Realismus in seiner »Reinform« geht dagegen davon aus, dass die politischen Akteure ihre Handlungsfreiheit nach innen – die ihnen von vornherein unterstellt und deren Quelle in der Regel nicht weiter hinterfragt wird – dazu nutzen, um mit einer im realistischen Sinne klugen Macht- und Sicherheitspolitik auf die Zwänge und Anreizstrukturen der internationalen Umwelt zu reagieren.

fern ist sie – vor allem was das Außenverhalten von Demokratien angeht – in erheblichem Maße theoretisch unterspezifiziert (Hils 2003a: 27-32).

Nicht nur wegen der totalen konzeptionellen Blindstelle in Bezug auf die Informationsproblematik ist es erstaunlich, mit welcher Verve Moravcsik Manipulationsargumente der liberalen Theorie zuordnet. Noch schwerer wiegt, dass diese Argumente in einem manifesten Widerspruch zu jener *a-priori*-Setzung innerhalb der ersten Grundannahme stehen, wonach gesellschaftliche Präferenzen als (vollständig) autonom anzusehen sind. Ein weiterer und noch gravierenderer logischer Widerspruch besteht zu der *a-priori*-Festlegung, die postuliert, dass gesellschaftliche Anforderungen als analytisch vorgängig gegenüber politischen Prozessen zu behandeln seien – denn in einigen der angeführten Manipulationsargumente werden ausdrücklich Akteure des politischen Systems als Ausgangspunkt der Manipulation benannt. Damit wird das ganze Stufenmodell der liberalen Theorie auf den Kopf gestellt.

Um diesen Gedankengang am konkreten Beispiel noch einmal zu verdeutlichen: In der zu Beginn des Kapitels zitierten Aussage von Van Evera, die Legro und Moravcsik als schlechthin klassisch liberal bezeichnen, taucht die Öffentlichkeit – wohl im Sinne einer Gesamtgesellschaft – als ein bestenfalls eingeschränkt autonomer Akteur auf, dessen Präferenzbildung durch (falsche) Informationsvorgaben seitens der Akteure des politischen Systems (»national leaders, state bureaucracies, or propagandists«, wie es dort heißt) nachhaltig beeinflusst wird. Ein Argument, das man zunächst in der Tat als klassisch liberal bezeichnen könnte – Individuen und gesellschaftliche Gruppen (hier wohl eine den Staat okkupierende Gruppe¹⁷) beeinflussen staatliche Präferenzen – wird also mit einer Folgerung verbunden, die darauf hinausläuft, die autonome Präferenzbildung der gesamten übrigen Gesellschaft unter Verweis auf die Informationsproblematik in Abrede zu stellen. Hier kann von autonomen gesellschaftlichen Präferenzen ebenso wenig die Rede sein wie davon, dass gesellschaftliche Anforderungen als analytisch vorgängig gegenüber politischen Prozessen behandelt würden. Vielmehr wird hier im Kern eine *Top Down View of Politics* vertreten.

Van Everas Argument als schlechthin klassisch liberal zu bezeichnen, ist vor diesem Hintergrund eine mutige Aussage – zumal im Kontext

17 Das soll heißen, dass es der gesellschaftlichen Gruppe gelungen ist, alle relevanten politischen Ämter mit ihren Vertretern zu besetzen und sich gleichzeitig von Repräsentationszwängen abzuschotten, womit es ihr möglich wird, politische Entscheidungen nach ihrem kollektiven Eigennutz zu gestalten.

eines Versuchs, dem Realismus konzeptionelle Anleihen bei anderen Paradigmen nachzuweisen, die seinen Grundannahmen zuwiderlaufen. Eben das könnte man hier auch Legro und Moravcsik zum Vorwurf machen. Sie inkorporieren unter der Hand Sachverhalte, die nicht nur mit Grundannahmen und *a-priori*-Setzungen der liberalen Theorie unvereinbar sind, sondern auch die Linearität ihres Stufenmodells geradezu auf den Kopf stellen. Dennoch kommen sie zu folgendem Befund:

»The problem here is not simply the breadth and questionable coherence of Van Evera's brand of realism. A deeper flaw is that the concrete causal mechanisms Van Evera cites (...) stems from existing non-realist international relations paradigms. Most relate state behavior to inequalities and biases in the preferences and power of particularistic domestic interest groups, *who mislead or coerce the less powerful to pursue policies to their narrow advantage. Such arguments lie at the very core of the liberal international relations paradigm, in which domestic misrepresentation is an important source of interstate conflict in issues ranging from war to tariff policy*« (Legro/Moravcsik 1999: 33, meine Hervorh.).

2.2. Repräsentation ohne Kontrollmöglichkeit: Die zweite Grundannahme

Wird im Rahmen der ersten Grundannahme der Faktor Information als intervenierende Variable individueller und kollektiver Präferenzbildung vollständig vernachlässigt, so ist es im Zusammenhang mit der zweiten Grundannahme die politische Öffentlichkeit als notwendiges komplementäres Gegenstück zu jeglicher Form von politischer Repräsentation,¹⁸ die völlig ausgeblendet bleibt. Die Konsequenzen dieser Blindstelle sind für die logische Kohärenz der liberalen Theorie noch gravierender.

Dem Staat, der in der zweiten Grundannahme thematisiert wird, kommt in der liberalen Theorie eine im Prinzip widersprüchliche Doppelrolle zu. So paradox es auf den ersten Blick erscheinen mag: Auch wenn er aus ihrer Perspektive kein Akteur, sondern eine repräsentative Institution ist (Moravcsik 1997: 518), muss er ein Eigenleben haben – er kann seinerseits nur von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen mit eigenen Interessen bevölkert sein. Die politischen Akteure sind aber nicht nur (nach der ersten Grundannahme) eigeninteressiert, sondern

18 Wenn hier und im Folgenden von einer *massenmedial hergestellten* und/oder *politischen* Öffentlichkeit die Rede ist, bezeichnet der Begriff Öffentlichkeit – entgegen dem bisherigen Gebrauch – einen (medialen) Kommunikationsraum.

auch (nach der zweiten Grundannahme) nach innen responsiv gegenüber einer bestimmten Teilmenge gesellschaftlicher Präferenzen. Die Chancen der politischen Akteure, Eigeninteressen in Außenpolitik zu überführen, verhalten sich folglich umgekehrt proportional zur Stärke und der Bandbreite der bestehenden Repräsentationszwänge: Je größer der Zwang zur Repräsentation und je mehr unterschiedliche Präferenzen berücksichtigt werden müssen, desto geringer sind die Chancen, Außenpolitik eigenständig zu gestalten. Repräsentationszwänge vermitteln sich über intermediäre Institutionen. So stellt Moravcsik fest:

»For Liberals, the foreign policy preferences of governments are directly influenced by the formal representative institutions that link state and society. These domestic »transmission belts« include political parties, electoral systems and bureaucracies« (Moravcsik 1992: 17).

Die politische Öffentlichkeit, die »in modernen Gesellschaften empirisch in erster Linie eine massenmedial hergestellte« ist (Schenk 1998: 387), weil die Massenmedien »mit ihrer umfassenden Reichweite den dominanten Kommunikationsraum« bilden (Marschall 1999: 48), findet hier keinerlei Erwähnung. Das überrascht umso mehr, als ein Transmissionsriemen in Gestalt einer massenmedial hergestellten politischen Öffentlichkeit prinzipiell nicht nur mit dem puristischen Pluralismus von Moravcsiks Gesellschaftskonzeption vereinbar ist, sondern auch mit der *Bottom-up View of Politics*, die dem linearen Stufenmodell der liberalen Theorie zu Grunde liegt. So stellt etwa Jürgen Gerhards fest:

»Die in den Medien abgebildeten Interessenartikulationen der Bürger und vor allem *ihrer* Interessengruppen dienen der Regierung und den Parteien dazu, Themen und Präferenzen der Bürger zu erfahren« (Gerhards 1994: 99, meine Hervorh.).

Da ein massenmedial hergestellter öffentlicher Kommunikationsraum dennoch kein Bestandteil des Theoriegebäudes ist, scheint bzw. muss Moravcsik in seinem Stufenmodell von politischen Willensbildungsprozessen ausgehen, die auf reinen *Face-to-Face*-Kontakten basieren. Denn ohne das Konzept einer politischen Öffentlichkeit, die »ein intermediäres System der Vermittlung zwischen den Bürgern, den Interessengruppen und den Akteuren des politischen Systems« bildet, über das »sich die Akteure wechselseitig beobachten« können (Gerhards 1997: 9), verbleibt logisch nur die Möglichkeit des direkten Kontakts.

Daraus ergibt sich im Umkehrschluss eine paradoxe Konsequenz: Da mediatisierte Information und Kommunikation kein Bestandteil des Theoriegebäudes ist, sind Individuen und gesellschaftliche Gruppen

wohl in erster Linie auf ihre eigeninteressierten Repräsentanten angewiesen, wenn sie Informationen über die Außenpolitik ihres Staates und Gegebenheiten in der internationalen Umwelt erhalten wollen. Damit wären die Möglichkeiten von gesellschaftlichen Akteuren (außerhalb des politischen Systems) mittels unabhängiger Information, das außenpolitische Handeln der Repräsentanten mit den an sie gestellten Anforderungen zu vergleichen, ebenso deutlich eingeschränkt wie eine auch nur in Ansätzen objektive Einschätzung von Gegebenheiten in der internationalen Umwelt. Was wiederum bedeuten würde, dass den Akteuren des politischen Systems ein grundsätzlich hoher Grad an Autonomie zukäme, weil ihre Möglichkeiten, Information zu manipulieren, in der Tat sehr groß wären. Eigeninteressen der politischen Akteure würden damit im Zweifelsfall immer dominieren, Repräsentation verkäme grundsätzlich zu einer Scheinrepräsentation, bei der Politiker allenfalls nach gesellschaftlichen Präferenzen handeln, die sie dank ihres Informationsmonopols zuvor selbst manipulativ hergestellt haben.

Es ist wohl kein Zufall, dass das nun genau dem Szenario zu entsprechen scheint, das Legro und Moravcsik mit Blick auf Van Evera als geradezu klassisch liberal bezeichnen. Ob es angesichts einer solchen *strukturellen* Gemengelage noch sinnvoll wäre, eine *Bottom-up View of Politics* zu postulieren und dem Konzept der Repräsentation große Erklärungskraft für die Präferenzen eines Staates zuzusprechen, ist freilich mehr als zweifelhaft. Offenkundig bedingen sich die Konzepte Repräsentation und Öffentlichkeit wechselseitig. In den Worten von Helga Haftendorn (1961: 3): »Repräsentation ist (...) nur möglich in der Sphäre des Öffentlichen, allein durch sie wird die Verbindung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten gewahrt« (zit. nach Marschall 1999: 47).

Der Liberalismus kommt allem Anschein nach nicht umhin, das Konzept einer politischen Öffentlichkeit in sein Theoriegebäude zu integrieren und zu problematisieren. Ansonsten würde das zentrale Konzept der zweiten Grundannahme, die Repräsentation, von vornherein völlig sinnentleert, und seine Erklärungskraft für die außenpolitischen Präferenzen eines Staates müsste grundsätzlich in Frage gestellt werden. Denn ohne die Vorstellung eines öffentlichen Kommunikationsraums, in dem sich die Repräsentanten vor den Repräsentierten rechtfertigen, beide Seiten – und Dritte – (miteinander) kommunizieren und auf diese Weise Informationen und Deutungsangebote zur Verfügung stellen, wäre die totale Okkupation eines Staates durch eine gesellschaftliche Gruppe der einzige Fall, in dem Repräsentation nicht als prinzipielle Scheinrepräsentation gedacht werden müsste: Nur bei dieser kollektiven Personalunion zwischen Repräsentanten und zu Repräsentierenden

könnte man näherungsweise davon ausgehen, dass Letztere in ausreichendem Maße über mehr oder minder objektives Wissen im Hinblick auf Gegebenheiten in der internationalen Umwelt und nationale außenpolitische Prozesse verfügen, das für die Ausbildung eigenständiger Präferenzen und die Evaluation des Regierungshandelns unerlässlich ist.

Damit erweitert sich die Kritik an den beiden *a-priori*-Setzungen nachhaltig, wonach gesellschaftliche Präferenzen als (vollständig) autonom anzusehen und die entsprechenden Anforderungen als analytisch vorgängig gegenüber politischen Prozessen zu behandeln sind. Ist im Kontext der ersten Grundannahme lediglich eine theoretische Unterspezifizierung hinsichtlich der Informationsproblematik und ein logischer Widerspruch zu exkursorischen Manipulationsargumenten diagnostiziert worden, so zeichnet sich hier eine logische Inkohärenz im eigentlichen Kern der liberalen Theorie, in ihren Grundannahmen ab.

Das erste Problem, das im Kontext des linearen Stufenmodells Moravcsiks auftaucht, ist die Tatsache, dass völlig offen bleibt, wie die in der ersten Grundannahme konzipierten »boundedly rational individuals« an Informationen über Gegebenheiten in der internationalen Umwelt gelangen. Damit gelingt es nur bedingt, die nationale Gesellschaft als ein erstes, von der nachfolgenden Ebene vollkommen unbeeinflusstes Plateau des Modells zu etablieren. Denn ein plausibler Grund, warum den nationalen politischen Akteuren bei der Vermittlung von Informationen über Gegebenheiten in der internationalen Umwelt keine entscheidende Rolle zukommt, müsste bei einer Problematisierung des Informationsfaktors erst noch benannt und gefunden werden. Ist das Problem hier lediglich latent, so wird es bereits in der zweiten Grundannahme virulent: Da die politischen Akteure ihrerseits als gesellschaftliche Individuen und Gruppen konzipiert werden, die nur deshalb nicht ausschließlich nach ihrem Eigennutz handeln, weil sie durch Repräsentationszwänge dazu veranlasst werden, (auch) andere Interessen zu vertreten, bedürfen die latent dem Eigennutz zuneigenden politischen Prozesse einer permanenten Evaluation und Kontrolle. Dieser Sachverhalt lässt sich konzeptionell gesehen als eine Feedbackschleife begreifen, mit der Vorgänge innerhalb des politischen Systems an die Repräsentierten rückgekoppelt werden.

Nun ist es aber kaum denkbar, dass ein politischer Prozess, der »vollständig verzerrt« rückgekoppelt wird, die gleichen gesellschaftlichen Präferenzen und Anforderungen hervorbringen würde, wie einer der »vollständig realitätsgetreu« rückvermittelt wird. Damit ergibt sich in der Summe folgender logischer Widerspruch zwischen den ersten beiden Grundannahmen: Ohne eine Feedbackschleife in Gestalt einer politischen Öffentlichkeit wird die zentrale Variable der zweiten Grundan-

nahme von vornherein völlig sinnentleert. Mit dem Konzept einer Feedbackschleife ist aber notwendigerweise die Vorstellung verbunden, dass gesellschaftliche Präferenzen nur dann völlig unverändert bleiben, wenn politische Prozesse »vollständig realitätsgetreu« übermittelt werden. Von diesem Punkt aus gedacht müssen sich gesellschaftliche Präferenzen entlang eines Kontinuums umso mehr verändern, je »verzerrter« der politische Prozess vermittelt wird. Kurzum: Solange nicht vollständige Information über politische Prozesse vorliegt, legt das Konzept einer Feedbackschleife immer eine Neuausrichtung gesellschaftlicher Präferenzen nahe, die formalisiert ausgedrückt größer als Null ist. Dieser Sachverhalt steht nun aber wiederum in einem virulenten Widerspruch zu den *a-priori*-Setzungen der ersten Grundannahme, wonach gesellschaftliche Präferenzen als (vollständig) autonom anzusehen und die entsprechenden Anforderungen als analytisch vorgängig gegenüber politischen Prozessen zu behandeln sind.

Formalisiert ausgedrückt stellt sich das lineare Stufenmodell der liberalen Theorie damit in zweierlei Hinsicht als unvollständig dar: Es erfasst zwar jenen »von unten nach oben« verlaufenden Prozess, in dem sich zu einem Zeitpunkt t_1 eine bestimmte Teilmenge gesellschaftlicher Präferenzen – selektiert durch repräsentative Institutionen und Praktiken – in staatliche Präferenzen übersetzt. Es vernachlässigt aber...

1. ...im Kontext der ersten Grundannahme den »von außen nach innen« verlaufenden Prozess, in dem sich (vor dem Hintergrund der jeweiligen Grundinteressen von gesellschaftlichen Individuen und Gruppen) zu einem Zeitpunkt t_0 eine bestimmte Teilmenge an vermittelten *Informationen über Gegebenheiten in der internationalen Umwelt* in außenpolitische Präferenzen und Anforderungen übersetzt.
2. ...im Kontext der zweiten Grundannahme den »von oben nach unten« verlaufenden Prozess, in dem zu einem Zeitpunkt t_2 eine bestimmte Teilmenge an vermittelten *Informationen über nationale außenpolitische Prozesse* zu einer Rejustierung jener Präferenzen und Anforderungen führt, die zum Zeitpunkt t_0 entstanden und zum Zeitpunkt t_1 an das politische System herangetragen wurden.

Mit dieser schematischen Separierung kann veranschaulicht werden, worin die Unvollständigkeit des liberalen Stufenmodells im Einzelnen gründet. Praktisch sind beide Prozesse aber kaum voneinander zu trennen: Bereits zum Zeitpunkt t_2 muss die Rejustierung von Präferenzen und Anforderungen vor dem Hintergrund von vermittelten Informationen über nationale außenpolitische Prozesse *und* über Gegebenheiten in

der internationalen Umwelt stattfinden. Lässt man die Problematik beiseite, dass gesellschaftliche Akteure in der Regel über weitere, unterschiedliche Informationsquellen verfügen, die in direkter Relation zu ihren Ressourcen stehen, so ist der zentrale Transmissionsriemen in jenen Prozessen, die zu den Zeitpunkten t_0 und t_2 stattfinden, zudem identisch – die massenmedial hergestellte politische Öffentlichkeit. Über sie erreichen die gleichen Informationen und Kommunikationsakte prinzipiell alle Individuen einer Gesellschaft, ohne dass für diesen Vorgang ein größerer Einsatz von Ressourcen oder die Notwendigkeit, über solche zu verfügen, Voraussetzung wäre. Somit können mit der folgenden logischen Kettung, welche die theorieimmanenten Widersprüche zwischen den ersten beiden Grundannahmen (von der zweiten ausgehend) auflöst und dabei die jeweiligen Blindstellen benennt, beide Prozesse erfasst werden:

1. Repräsentation impliziert *massenmedial hergestellte politische Öffentlichkeit* (→ Blindstelle: *nationales Mediensystem*)
2. Massenmedial hergestellte politische Öffentlichkeit impliziert *Informations- und Meinungs Austausch* (→ Blindstelle: *Medienberichterstattung und Kommunikationschancen*)
3. Informations- und Meinungs Austausch impliziert *extern beeinflusste Präferenzänderung* (→ Blindstelle: *Medienwirkung*)
4. Extern beeinflusste Präferenzänderung impliziert *eingeschränkte Autonomie von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen* (→ teilrevidierte erste Grundannahme: *informationsabhängige Präferenzbildung*)

Dass dieses Skelett einer erweiterten liberalen Theorie ohne einen Bezug auf die dritte Grundannahme auskommt, hat einen triftigen Grund: Ihre Aussagen basieren im Wesentlichen auf der Vorstellung von feststehenden zwischenstaatlichen Präferenzkonfigurationen (vgl. Moravcsik 1997: 520-524), die bei einer Dynamisierung des Modells, wie sie hier vorgenommen wurde, nur noch wenig Sinn machen. Zudem etabliert die dritte Grundannahme, die weitgehend dazu gedacht ist, eine dyadische bzw. »systemische« Komponente in die liberale Theorie zu integrieren, mit den externen Zwängen, die durch die Präferenzen anderer Staaten entstehen, eine Konkurrenzinstanz zu den national generierten Präferenzen eines Staates, ohne dieses Spannungsverhältnis plausibel aufzulösen (vgl. Hils 2003a: 42-47).

Der Begriff der (medialen) *Manipulation* ist im Rahmen dieser theoretischen Skizze zwar nicht operationalisiert worden (das geschieht in Kapitel 3.2.). Dafür wurde das logische Fundament des Manipulationsarguments in die liberale Theorie eingepasst: Eine (mediale) *Beeinflussung* der zentralen Akteure ist jetzt mit Moravcsiks Konzeption kompatibel. Nach dieser notwendigen Korrektur werden im folgenden Kapitel liberale Annahmen und Hypothesen zum Nexus zwischen Demokratie im Innern und (gewaltsamem) Demokratieexport vorgestellt und am US-Beispiel überprüft. Mediale Manipulationen, so mein Befund, können im Rahmen einer Erklärung der »Kriegsfähigkeit« der Vereinigten Staaten und ihrer Neigung zum (gewaltsamen) Demokratieexport allenfalls eine ergänzende Rolle spielen.

3. Manipuliertes Volk – missionarische Außenpolitik? Demokratie und Demokratieexport der USA aus der Sicht der liberalen Theorie

3.1. Volk ohne Mission? Die US-Wählerschaft und (gewaltsame) Demokratieförderung

Auf den ersten Blick scheint sich im ideellen Liberalismus (Moravcsik 1997: 525-528), einer der drei liberalen Teiltheorien oder Hypothesenkomplexe,¹⁹ ein genuines (d.h. nicht durch Manipulation zu Stande gekommenes) missionarisches Motiv auf Seiten demokratischer Gesellschaften finden zu lassen. Mit dem Konzept der gesellschaftlichen Identität steht hier eine nicht zufälligerweise konstruktivistisch anmutende Variable im Vordergrund. Sie wird wie folgt definiert und für die liberale Theorie vereinnahmt:

»Social identity« is defined as the set of preferences shared by individuals concerning the proper scope and nature of public goods provision, which in turn specifies the nature of legitimate domestic order by stipulating which social actors belong to the polity and what is owed them« (Moravcsik 1997: 525).

19 Moravcsik begreift seine drei Teiltheorien als Konkretisierungen der Grundannahmen, die er als »relatively thin or content-free« (Moravcsik 1997: 524) charakterisiert.

Moravcsik unterteilt das Konzept in drei Untertypen: die nationale, die politische und die sozioökonomische Identität, aus denen er jeweils generalisierende Aussagen über zwischenstaatliche Präferenzkonfigurationen ableitet. So stellt er im Rahmen der politischen Identität die These auf, dass gesamtgesellschaftliche Wahrnehmungen hinsichtlich der Legitimität einer bestimmten politischen Ordnung sich auf der zwischenstaatlichen Ebene in Kooperation (bei Konvergenz) und Konflikt (bei Divergenz) übersetzen,²⁰ und verweist in diesem Kontext auf das 20. Jahrhundert, das Zeuge von Konflikten zwischen Regierungen gewesen sei, die faschistische, kommunistische und liberale Ideologien vertreten hätten (Moravcsik 1997: 527).

Das klingt nun so, als ob (auch) demokratischen Gesellschaften latent missionarische Präferenzen innewohnen würden, die in zwischenstaatlichen Interaktionen mit Nicht-Demokratien in manifesten Konflikt oder gar Krieg ausarten können. Identitäten als einen Satz von ideologischen Präferenzen zu begreifen, die von einer Gesellschaft geteilt werden, scheint zwar noch mit der Vorstellung von »boundedly rational individuals« kompatibel zu sein. Nach der ersten Grundannahme und der dort verankerten Prämisse weitgehender Rationalität muss eine logische Grenze aber dort verlaufen, wo ideologische Präferenzen in dem Sinne irrational sind, dass eine Gesellschaft bereit ist, zu ihrer Durchsetzung hohe politische Risiken einzugehen – denn das wäre mit der Annahme, dass Individuen und gesellschaftliche Gruppen im Großen und Ganzen rational und risikoabgeneigt sind, nicht mehr zu vereinbaren.²¹

20 Mit ausdrücklichem Bezug auf die US-amerikanische Demokratieförderungspolitik findet sich ein ähnliches Argument bei Henry Nau, dessen Werk Checkel (2004: 231) nicht zufälligerweise als Beispiel für einen »conventional constructivism« ansieht: »When self-images converge, they mitigate conflict; when they diverge, they exacerbate it« (Nau 2000: 129).

21 Nicht nur in dieser Hinsicht eckt der sehr konstruktivistisch anmutende ideelle Liberalismus innerhalb von Moravcsiks Konzeption an. So wird zum Beispiel auch nicht ausgeschlossen, dass gesellschaftliche Gruppen und der Staat die gesamtgesellschaftliche Identität (manipulativ) miterzeugen (Moravcsik 1997: 525f), womit erneut eine *Top-down View of Politics* und die Auffassung vertreten wird, dass gesellschaftliche Präferenzen nicht (vollständig) autonom zu Stande kommen. Zudem spielt das zentrale Konzept der zweiten Grundannahme auf Grund der Interessenidentität (die im Übrigen im Widerspruch zu der Aussage der ersten Grundannahme steht, wonach die zentralen Akteure unterschiedliche Interessen verfolgen) hier überhaupt keine Rolle: Es ist völlig irrelevant, wer die Regierung stellt und wie in- oder exklusiv ihre gesellschaftliche Basis ist – die gesamtgesellschaftlich geteilten Präferenzen müssen sich bei buchstäblich jeder Varianz in der politischen Repräsentation durchsetzen (vgl. dazu insgesamt Hils 2003a: 48-52).

Wohlgermerkt schließt die in der ersten Grundannahme der liberalen Theorie verankerte Rationalitätsprämisse einen missionarischen Eifer, der hohe außenpolitische Risiken (einschließlich des Einsatzes militärischer Gewalt) in Kauf nimmt, nicht völlig aus. Denn hier ist nur die Rede davon, dass Individuen und gesellschaftliche Gruppen *im Durchschnitt* rational und risikoabgeneigt sind. Deshalb ist es nur folgerichtig, wenn Moravcsik konstatiert: »What is true about people on the average, however, is not necessarily true in every case: some individuals in any given society may be risk-acceptant or irrational« (Moravcsik 1997: 517). Hier wird deutlich, warum zumindest die Vorstellung eines *auf hohem Niveau* betriebenen gewaltsamen Demokratieexports für die liberale Theorie praktisch nur unter der Bedingung erheblicher Demokratiedefizite im Ursprungsland des Demokratieexports denkbar ist: Je mehr Individuen und gesellschaftliche Gruppen an außenpolitischen Entscheidungsprozessen partizipieren bzw. vom politischen System repräsentiert werden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich risikoabgeneigte Präferenzen durchsetzen.²² In der Tat ist das der Zusammenhang, auf den eine weitere liberale Teiltheorie, der so genannte republikanische oder repräsentative Liberalismus (Moravcsik 1997: 530-533, 1996: 126, 1992: 17-21) rekuriert:

»Stated in its general form, the most celebrated republican Liberal proposition is that the more accurately representative institutions reflect individual preferences, the less likely that the government will provoke interstate conflict. While a situation in which entire societies benefit from aggression is conceivable, Liberals presume that such situations are much rarer than those in which there is conflict between the interests of small groups in two societies« (Moravcsik 1992: 17).

Wie Moravcsik hier andeutet, ist es auch denkbar, dass Demokratien ohne jegliches Qualitätsdefizit einen gewaltsamen Demokratieexport betreiben: »Democratic aggression remains possible« (Moravcsik 1997:

22 Das Ausmaß an gesellschaftlicher Partizipation bzw. die Bandbreite der politischen Repräsentation stehen zumindest dann in unmittelbarer Verbindung zur Qualität einer Demokratie, wenn man die größtmögliche Steuerung der Regierenden durch die Regierten oder (aus der Sicht der Regierenden) die größtmögliche Responsivität des politischen Systems gegenüber den Präferenzen des *Demos* zum normativen Maßstab erhebt (Fuchs 1998: 155 u. 162). Dieser Maßstab findet sich nicht nur in vielen demokratietheoretischen Ansätzen (vgl. Hils 2004: 9-13 sowie den Beitrag von Hans-Joachim Lauth in diesem Band), sondern wird auch von einem führenden Vertreter der liberalen Theorie wie Ernst-Otto Czempiel verwendet. (Mehr dazu im folgenden Unterkapitel.)

532). Die Voraussetzung dafür ist, dass der damit verbundene Allgemeinutzen so hoch und/oder das entsprechende Risiko so gering sind bzw. als solche *wahrgenommen* werden – womit sich wieder die Frage nach medialer Information, Beeinflussung und Manipulation stellt –, dass eine Mehrheit der (organisierten) Individuen einer Gesellschaft dem Militäreinsatz aus Eigennutz zustimmt oder ihm zumindest nicht ablehnend gegenübersteht. So konstatiert Moravcsik denn auch:

»(L)iberal theory predicts that democratic states may provoke preventive wars in response to direct or indirect threats, against very weak states with no great power allies, or in peripheral areas where the legal and political preconditions for trade and other forms of profitable transnational relations are not yet in place« (Moravcsik 1997: 532).

Eine ähnliche Argumentationslinie findet sich in der quantitativen Kriegsursachenforschung. Demnach haben demokratisch verfasste Staaten »eine Präferenz zu Gunsten militärisch asymmetrischer und kleiner, begrenzter Kriege, die gesellschaftlich leichter durchsetzbar und legitimierbar sind« (Chojnacki 2004: 90). Sven Chojnacki gibt hier allerdings zu bedenken, dass dabei die Frage nach wie vor ungeklärt sei, warum nur »eine relativ kleine Zahl (nicht nur militärisch) starker Demokratien«, darunter die Vereinigten Staaten, »eine gewaltsame Außenpolitik betreibt« (Chojnacki 2004: 90).

Im Rahmen der Forschung um den so genannten Demokratischen Doppelbefund,²³ der sich nach wie vor einer schlüssigen Gesamterklärung entzieht (vgl. aber die jüngsten Erklärungsversuche von Daase 2004 u. Müller 2004),²⁴ ist man in den vergangenen Jahren allerdings auch verstärkt der Frage nachgegangen, ob sich demokratische Regierungen nicht zunehmend an die zweckrationalen Kosten-Nutzen-Kalküle auf Seiten ihrer Bevölkerungen angepasst und damit die pazifizierende Wirkung gesellschaftlicher Anforderungen sukzessive neutralisiert haben.

23 Das Wort vom empirischen Doppelbefund hat Thomas Risse geprägt: »Demokratien führen (fast) keine Kriege gegeneinander. Allerdings ist dieser »demokratische Frieden« nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite zeigt, dass sich Demokratien, wenn sie es nicht mit ihresgleichen zu tun haben, in ihrem Konfliktverhalten kaum von autoritären Systemen unterscheiden. Demokratien sind ebenso häufig in kriegerische Konflikte verwickelt wie nicht-demokratische Systeme« (Risse-Kappen 1994: 159). Eine aktualisierte Bestandsaufnahme des Doppelbefunds findet sich bei Chojnacki (2004: 75).

24 Dieses Urteil findet man allenthalben. So spricht etwa Müller (2004: 36) von einem nach wie vor nicht überzeugend gelösten Rätsel.

Harald Müller hebt hier zwei Entwicklungen hervor: Zum einen die Abschaffung der Wehrpflicht, die den Teil der Bevölkerung reduziere, »deren Familien vom Krieg unmittelbar persönlich betroffen sind und für die das Kriegsrisiko daher direkt in das Kalkül ihrer politischen Position eingeht« (Müller 2004: 41). Mit dezidiertem Bezug auf die Vereinigten Staaten wird dieses Argument im Folgenden aber wieder weitgehend zurückgenommen:

»Die Neutralisierung des Nutzenmotivs durch die Professionalisierung steht jedoch ein gegenläufiger Befund entgegen, der auf den ersten Blick überrascht, weil er die Trennungslinie zwischen Nutzen- und Moralorientierung aufzuheben scheint. Es ist die gerade in den Vereinigten Staaten viel diskutierte Bereitschaft der Bevölkerung, die Berufssoldaten als Gemeinschaftsgut zu betrachten, dessen Verlust man nicht wünscht« (Müller 2004: 41).

Als zweites neutralisierendes Element nennt Müller »die Einführung modernster Technologie und die entsprechende Anpassung von Strategie und Taktik«, die »den westlichen Staaten, an der Spitze die USA, in konventionell geführten Kriegen den Sieg mit geringen Verlusten ermöglicht« (Müller 2004: 42).

Eine ähnliche, ausdrücklich der liberalen Theorie verpflichtete Argumentation findet sich bei Ernst-Otto Czempiel. Für ihn stellt die gleichmäßige Verteilung der Belastungen, die im Zuge der Implementierung einer Außenpolitik anfallen, eine von fünf Voraussetzungen dar, die notwendig sind, damit der Zusammenhang zwischen Demokratie und Gewaltabneigung nach außen zum Tragen kommt (Czempiel 1996a: 90). Darüber hinaus müsse die Gesellschaft eine Mittelstandsgesellschaft sein,²⁵ durch Parteien, die Exekutive und die Medien adäquat informiert werden sowie ein Herrschaftssystem besitzen, das ihre Anforderungen ausführt und ihr zureichend große Kontrollmöglichkeit einräumt. Schließlich dürften die gesamtgesellschaftlichen Anforderungen »auf ihrem Weg durch den außenpolitischen Entscheidungsprozess nicht

25 Dieses Kriterium zielt offensichtlich auf die Rationalität einer Gesellschaft und erscheint damit als eine Spezifizierung der *a-priori*-Setzung in Moravcsiks erster Grundannahme, wonach Individuen und Gruppen bei der Verfolgung ihres materiellen und ideellen Wohls rational handeln, wobei nicht ausgeschlossen wird, dass einige Individuen irrational oder risikobereit sein können. Mit dem Konzept der Mittelstandsgesellschaft soll diese Restgruppe offenbar so klein wie möglich konzipiert werden: Der überwiegende Teil der Gesellschaft ist materiell gut situiert, er hat »etwas zu verlieren«, und handelt deshalb in der Verfolgung seiner materiellen Interessen (im Sinne einer Besitzstandswahrung oder -mehrung) rational.

substanziell verändert und schon gar durch die Intervention von Interessengruppen, die den Prozess umgehen, verzerrt werden« (Czempiel 1996a: 89).²⁶

Die adäquate Informierung der Gesellschaft durch Parteien, Exekutive und Medien ist bei Czempiel der Ausgangspunkt für ein Manipulationsargument, in dem offenbar auch transnationale Empathie eine wichtige Rolle spielt. Jedenfalls klingt das so an, wenn er hinsichtlich der humanitären Intervention in Somalia (der so genannten *Operation Restore Hope*, 1992-1995), die er als Beispiel für eine manipulative Präferenzverzerrung ansieht, zu folgendem Befund kommt:

»CNN konnte Politisches System und Gesellschaft der USA davon überzeugen, dass eine militärische Intervention in Somalia nützlich und hilfreich sein würde« (Czempiel 1996a: 90).

Generell scheint es fast so, als ob der von Czempiel in Anlehnung an Immanuel Kant konzipierte kriegsabgeneigte Besitzbürger irrational reagiere, sobald er visuelle Medien nutzt. So kommentiert Czempiel einen Einwand gegen die Prämisse der Kriegsabneigung, wonach »Gewalt und Krieg faszinieren, ja, echte Bedürfnisse darstellen können« (Schmidt 1996: 107), mit den Worten:

»Es ist richtig, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt, dass er sich von Ideen gefangen nehmen, von Solidarisierungen leiten lässt. Genau so richtig ist, dass er, als Kollektiv, zu solchen Emotionalisierungen erst durch mehr oder minder kunstvolle Manipulation seines Bewusstseins gebracht werden muss. Welche reale Beziehung besteht denn zwischen einer in Denver, Colo., die CNN-Nachrichten aus Somalia anschauenden Familie und dem GI, der nach Mogadischu geschickt wird?« (Czempiel 1996b: 119).²⁷

Während hier offensichtlich *Fernsehbilder* die (primäre) Ursache für (unechte) Emotionalisierungen auf Seiten des ansonsten rationalen, kriegsabgeneigten Besitzbürgers sind und deshalb anscheinend *per se* als manipulativ betrachtet werden müssen, gibt es innerhalb der Debatte um den

26 Vgl. für eine Diskussion dieser Kriterien aus der Perspektive der empirischen Demokratietheorie den Beitrag von Hans-Joachim Lauth in diesem Band.

27 Abgesehen davon, dass Czempiel den Begriff der *Manipulation* nicht operationalisiert, ist auch die Behauptung wenig überzeugend, dass eine mediale *Beeinflussung* des politischen Systems und der Bevölkerung die zentrale Voraussetzung für die US-Intervention in Somalia gewesen sei. Vgl. dazu Baum (2004a); Western (2002); Mermin (1997).

Demokratischen Doppelbefund auch Stimmen, die dem *medialen Diskurs* ein mindestens ebenso hohes Beeinflussungspotenzial zusprechen.²⁸ So konstatiert Harald Müller:

»Die Frontlinie Demokratie/Nichtdemokratie enthält aus der Sicht der Exekutiven in demokratischen Staaten im Vergleich zu den Alternativen deutlich die höchsten (...) Mobilisierungschancen. Dieser Umstand macht diese Dichotomie (...) als Instrument im öffentlichen Diskurs so attraktiv (...) Die moralische Ebene scheint dabei die entscheidende zu sein. Bei den westlichen Interventionen in Bosnien und im Kosovo war es das Argument, die Gefahr für Leib und Leben einer ungeschützten Zivilbevölkerung abzuwenden zu müssen, welches in den westlichen Gesellschaften zur mehrheitlichen Zustimmung zum Kriegseinsatz führte« (Müller 2004: 38 u. 40).

Nun stimmt es zwar, dass Demokratien sich mehr als andere Regimety-
pen an Militärinterventionen als einer spezifischen Kriegsform beteiligen.
Das gilt auch und gerade für die USA (Chojnacki 2004: 81f). Trifft es
aber auch zu, dass emotionalisierende Fernsehbilder zu Menschenrechts-
verletzungen und mediale Diskurse, welche die Andersartigkeit des staat-
lichen Gegenübers auch und gerade in dieser Hinsicht herausstreichen,
entscheidend für die »Kriegsfähigkeit« der Demokratien sind? Sind zu-
mindest einige von ihnen vor diesem Hintergrund missionarisch veran-
lagt und deshalb bisweilen sogar »kriegslüstern« (Daase 2004: 53)? Ist die
Rationalitätsprämisse der liberalen Theorie mithin empirisch viel zu un-
scharf und folglich zu verwerfen? Der Blick auf die USA legt zu jeder
dieser Fragen ein klares »Nein« nahe.

Ein rationalistisches Akteurskonzept kann ebenso auf einer fakti-
schen Behauptung über die soziale Wirklichkeit wie auf methodologi-
schem Pragmatismus basieren: Im ersten Fall geht man in der Tat davon
aus, dass Akteure (zweck)rational handeln. Im zweiten Fall ist man sich
zwar bewusst, dass das im Einzelnen so nicht stimmen muss, akzeptiert
die Annahme der (Zweck)Rationalität aber als brauchbare Näherung an
die Wirklichkeit, mit der man arbeiten kann (vgl. Fearon/Wendt 2002:
53). Die liberale Theorie, vor allem nach Czempiel, neigt ganz offensicht-
lich der ersten Auffassung zu. Und in der Tat scheint die Rationalitäts-
prämisse nicht nur die langfristigen Einstellungsmuster der US-

28 In seinem zweiten Manipulationsbeispiel misst auch Czempiel (1996a: 90) dem medialen Diskurs ein hohes Beeinflussungs- bzw. Manipulationspotenzial zu: »Präsident Johnson überinterpretierte den Tonking-Golf-Zwischenfall, um die amerikanische Gesellschaft dazu zu überreden, in Vietnam Krieg zu führen.«

Öffentlichkeit im Allgemeinen (vgl. Page/Shapiro 1992), sondern auch jene im Bereich der friedlichen und gewaltsamen Demokratieförderung im Besonderen sehr gut wiederzugeben – wenngleich die Begründer des so genannten *Rational-Public*-Ansatzes betonen, dass die Rationalität des *Demos* nicht völlig von Randbedingungen unabhängig ist:

»We do not argue that opinion changes are always based on factually correct information and interpretations; rather we conclude that the public reacts sensibly to the information it is given« (Shapiro/Page 1994: 226).²⁹

Insofern scheint sich die amerikanische Gesellschaft in der Tat, wie von der liberalen Theorie angenommen, aus »boundedly rational individuals« zusammensetzen, die hinsichtlich ihrer außenpolitischen Präferenzbildung auf Medieninformation angewiesen sind. Dies gilt natürlich vor allem für konkrete Einzelfälle.

Umso erstaunlicher muss es anmuten, dass US-Militärinterventionen, die (vor allem) mit humanitären Motiven gerechtfertigt wurden, im vergangenen Jahrzehnt eine äußerst verhaltene Reaktion auf Seiten der amerikanischen Öffentlichkeit hervorgerufen haben. So ergibt sich auch in den beiden von Müller (2004: 40) angeführten Beispielen, wo moralische Argumente für die mehrheitliche Zustimmung der westlichen Gesellschaften zum Kriegseinsatz ausschlaggebend gewesen sein sollen, für die Vereinigten Staaten ein eher nüchternes Stimmungsbild.

Ende des Jahres 1995, als die Entsendung der NATO-Friedenstruppe IFOR (*Implementation Force*) zur Durchsetzung des Vertrags von Dayton (Ohio) bevorstand, war die amerikanische Öffentlichkeit sogar mit deutlicher Mehrheit *gegen* eine US-Beteiligung an der Bosnien-Mission der Nordatlantischen Allianz (Rudolf 2000: 316f, 1999: 332-334; Hils 2003b: 446-448).³⁰ Da Gleiches für die Republikanischen Mehrheiten des mitun-

29 Einen exzellenten Überblick über den Stand der Forschung zum Nexus zwischen öffentlicher Meinung, Medien und US-Außenpolitik bieten Powlick/Katz (1998).

30 Nimmt man den Aufmerksamkeitsgrad gegenüber dem Konflikt als Indikator für die Intensität der Präferenzen der Öffentlichkeit, so ist hier eine deutliche Mehrheit von 82 Prozent der US-Bürger zu nennen, die laut einer *Pew*-Umfrage vom 18. Januar 1996 angab, die Berichterstattung über die Entsendung von US-Truppen nach Bosnien im Dezember 1995 »sehr genau« (37 Prozent) oder »ziemlich genau« (45 Prozent) verfolgt zu haben (Pew 1996: Question 3). Angesichts der schwach besetzten ersten Kategorie (»sehr genau«) sollte der Intensitätsgrad der ablehnenden Mehrheitsmeinung hier zwar nicht allzu hoch veranschlagt werden. Von einer »apathischen Positionierung« (Hils 2003a: 238) wie sie im Vorfeld des Kosovokriegs zu konstatieren ist, kann angesichts dieser Zahlen gleichwohl keine Rede sein.

ter als »revolutionär« (Weissman 1995: 198) bezeichneten 104. Kongresses (1995-1996) galt, der Einsatz aber trotzdem unter der Beteiligung von 20.000 US-Soldaten stattfand, sprachen manche Beobachter schon von einer »neuen imperialen Präsidentschaft« (Banks/Straussman 1999) und einer – trotz Ende des Ost-West-Konflikts, Generationswechsel in der Legislative und verschärfter parteipolitischer Polarisierung nach der Republikanischen Machtübernahme von 1994 – fortdauernden »culture of deference« (Weissman 1995) in der militärischen Interventionspolitik (vgl. Hils/Wilzewski 2006: 1-13; Hendrickson 1998: 241f).

Nur wenig anders der Fall Kosovo: Hier hatte der von James Lindsay (2003, 2000) so benannte apathische Internationalismus der US-Bürger, der in der Zeitspanne zwischen dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem 11. September 2001 allmählich um sich gegriffen hatte,³¹ zusammen mit einer deutlich reduzierten und trivialisierten Auslandsberichterstattung dazu geführt,³² dass die US-Öffentlichkeit zwischen dem gewaltsamen Ausbruch des Kosovokonflikts Ende Februar 1998 und dem Beginn des NATO-Luftkriegs am 24. März 1999 kaum Interesse an den Vorgängen in der serbischen Provinz zeigte (vgl. Hils/Wilzewski 2006: 48-54; Hils 2003a: 177-259). Noch drei Tage vor Kriegsbeginn gaben in einer *Gallup*-Umfrage fast zwei Drittel der Befragten (63 Prozent) an, sie hätten die Situation im Kosovo nicht sehr genau oder gar nicht verfolgt.³³ Entsprechend gering war die öffentliche Unterstützung für eine US-Beteiligung an möglichen NATO-Luftangriffen gegen Serbien. Sie lag zu diesem Zeitpunkt bei nur 46 Prozent und erreichte auch am zwei-

31 Um dieses Phänomen anhand einiger Zahlen zu veranschaulichen: Zwischen 1990 und 1998 reduzierte sich laut Umfragen des *Chicago Council on Foreign Relations* der Anteil jener US-amerikanischen Bürger, die »sehr interessiert« an Nachrichten über andere Länder/über die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu anderen Ländern waren, von 36/53 (1990) auf 29/45 Prozent (1998). Erst im Zuge der Terroranschläge von New York und Washington stiegen beide Werte wieder massiv an, und zwar auf 42/62 Prozent (2002) (CCFR 2002: 13, Figure 1-6). Vgl. zum (vorläufigen) Ende des apathischen Internationalismus nach dem 11. September 2001 auch Wilzewski (2003: 70-77).

32 Lindsay (2003: 47) führt in diesem Zusammenhang Zahlen an, wonach der Anteil der Sendezeit, welche die drei großen US-Fernseher ABC, CBS und NBC internationalen Nachrichten widmeten, zwischen 1990 und 1997 – mit einer 50-Prozent-Spitze während des zweiten Golfkriegs von 1991 – von 32 auf 20 Prozent abfiel. Vgl. zum Nexus zwischen so genannten *Soft News* und isolationistischen Tendenzen in der US-Öffentlichkeit Baum (2004b).

33 The Gallup Organization (ohne Datum: 16); vgl. dazu auch die *Pew*-Umfragedaten bei Hils/Wilzewski (2006: 49, Tabelle 3).

ten Kriegstag mit 50 Prozent Zustimmung noch immer keine absolute Mehrheit (Saad 1999; vgl. auch Hils/Wilzewski 2006: 52, Tabelle 4).

Die massive Zunahme von Fernsehbildern und medialen Sprechakten zu serbischen Gewalttaten gegen kosovo-albanische Zivilisten zog dann zwar vorübergehend eine deutliche Mobilisierung nach sich (vgl. Hils 2003a: 260-311). Deren Zenit war aber bereits am Ende der dritten Kriegswoche mit einem Zustimmungswert von 61 Prozent erreicht. Trotz vergleichsweise hoher Aufmerksamkeitswerte gegenüber der Kosovoberichterstattung (vgl. Hils/Wilzewski 2006: 49, Tabelle 3) sank die öffentliche Unterstützung in den verbleibenden acht Wochen des NATO-Luftkriegs beinahe kontinuierlich und erreichte in einer *Gallup*-Umfrage vom 23. bis 24. Mai mit 49 Prozent praktisch wieder Vorkriegsniveau (Newport 1999; vgl. auch Hils 2003a: 266, Tabelle 15).³⁴ Erstaunlicherweise nutzte der Republikanisch kontrollierte 106. Kongress (1999-2000) trotz massiver Vorbehalte gegen den Kosovokrieg auch in diesem Fall seinen politischen Handlungsspielraum nicht und ordnete sich dem Präsidenten durchgängig nahezu bedingungslos unter (vgl. Hils/Wilzewski 2006: 54-67; Hils 2003a: 177-329).

Beide Beispiele unterstreichen die Validität der *Pretty-Prudent-Public*-These (Jentleson/Britton 1998; Jentleson 1992). Demnach ist die US-Öffentlichkeit in Fällen außenpolitischer Gewaltanwendung, die darauf abzielen, beim Adressaten internen politischen Wandel zu bewirken, weitaus weniger mobilisierbar als in Situationen, wo es gilt, einen Gegner militärisch in die Schranken zu verweisen, der aggressive Akte gegen die USA, ihre Bürger oder Interessen begangen hat (Jentleson/Britton 1998: 397).³⁵ So unterstützten auch nach dem gewaltsamen Demokratisierungsversuch im Irak nur 35 Prozent der amerikanischen Bürger Ende September 2005 den Einsatz militärischer Gewalt, um einen Diktator zu stürzen.³⁶ Zwei Drittel (66 Prozent) waren zu diesem Zeitpunkt davon

34 Zumindes in Großbritannien (67 Prozent) und Frankreich (62 Prozent) lag die Zustimmung noch Anfang Juni deutlich höher als in den Vereinigten Staaten (Daalder/O'Hanlon 2000: 161, Table 5-2).

35 Ein besonders prägnanter Vergleich: Wie bereits erwähnt wurde der Kosovokrieg von 1999 am zweiten Kriegstag von gerade einmal 50 Prozent der US-Bürger unterstützt, den zweiten Golfkrieg von 1991 befürworteten zu Beginn dagegen 80 Prozent. Allerdings spielten hier neben den Zielen der beiden Militärinterventionen auch noch andere Faktoren eine Rolle (vgl. Hils/Wilzewski 2006: 48-54).

36 Nicht auf Zwang beruhende Methoden der Demokratieförderung wurden dagegen von breiten Mehrheiten befürwortet (vgl. CCFR/PIPA/Knowledge Networks 2005a: 8-10).

überzeugt, dass die Androhung einer Militärintervention der USA für den Fall, dass in einem Land keine demokratischen Reformen stattfinden, eher schade als nutze. Und eine überwältigende Dreiviertelmehrheit (74 Prozent) war der Auffassung, dass das Ziel, die irakische Regierung zu stürzen und eine Demokratie zu errichten, für sich genommen kein ausreichend guter Grund gewesen sei, um gegen das Land Krieg zu führen. Fast genauso viele der Befragten (72 Prozent) gaben zudem an, dass die Irak-Erfahrung sie gegenüber den Erfolgsaussichten von zukünftigen gewaltsamen Demokratisierungsversuchen skeptischer gemacht habe (CCFR/PIPA/Knowledge Networks 2005a: 3f).

Auch Langzeitstudien, die jenseits des Einsatzes militärischer Gewalt die Einstellungsmuster der US-Bürger zum Demokratieexport untersuchen, fördern alles andere als missionarische Motive zu Tage. Das Thema rangiert weit hinten auf der außenpolitischen Agenda, wobei der liberale Aspekt (Menschenrechte) noch etwas besser abschneidet als die Verbreitung der demokratischen Regierungsform: In einer Umfrage aus dem Jahr 2002 hielten lediglich 34 Prozent der Befragten dieses Vorhaben für ein »sehr wichtiges außenpolitisches Ziel« (vgl. Tabelle 1, S. 52).³⁷ Damit rangierte die Verbreitung der demokratischen Regierungsform unter den zwanzig Kategorien, die vom *Chicago Council on Foreign Relations* abgefragt wurden, auf dem vorletzten Platz (CCFR 2002: 19, Figure 2-2). Im September 2005 wollten sich denn auch nur 38 Prozent der Befragten mit der Aussage identifizieren, dass die US-Außenpolitik grundsätzlich Regierungen ermutigen sollte, demokratischer zu werden. Dagegen wählte eine deutliche Mehrheit von 54 Prozent die Alternativantwort, wonach die US-Außenpolitik durchgängig amerikanische Interessen verfolgen sollte, was manchmal bedeute, Demokratieförderung zu betreiben, und manchmal bedeute, Regierungen zu unterstützen, die nicht demokratisch sind (CCFR/PIPA/Knowledge Networks 2005a: 7).

Im Vergleich dazu ist der liberale Aspekt der Demokratieförderung deutlich populärer. So befürworteten Ende September 2005 mit Blick auf Ägypten, Burma, China, Iran, Pakistan, Saudi-Arabien und Russland lediglich relative Mehrheiten zwischen 46 und 48 Prozent a.) diplomatischen Druck, um diese Länder dazu zu veranlassen, *demokratischer zu werden*, b.) die Anprangerung *ihrer demokratischen Defizite* und c.) andere Länder zu ermutigen, das Gleiche zu tun. Wurde der erste der hier kursiv gesetzten Begriffe durch *die Menschenrechte zu respektieren* und der zweite

37 Nach dem Irakkrieg fiel dieser Wert im Jahr 2004 sogar auf 14 Prozentpunkte (CCFR 2004: 16).

durch *ihrer Menschenrechtsverletzungen* ersetzt, so erhielt man dagegen Zustimmungswerte in der Größenordnung zwischen 66 und 71 Prozent (CCFR/PIPA/Knowledge Networks 2005b: 14f). Die unterschiedliche Gewichtung der beiden Aspekte der Demokratieförderung kommt auch in den langfristigen Einstellungsmustern zum Ausdruck. So hielten in der CCFR-Umfrage aus dem Jahr 2002 immerhin 47 Prozent der Befragten die Förderung und Verteidigung von Menschenrechten für ein »sehr wichtiges außenpolitisches Ziel« (vgl. Tabelle 1). Damit rangierte dieses Vorhaben unter den zwanzig abgefragten Kategorien allerdings auch nur auf dem fünfzehnten Rang (CCFR 2002: 19, Figure 2-2).

Tabelle 1: Langfristige Einstellungsmuster der US-Bürger gegenüber Demokratieförderung als außenpolitischem Ziel

<i>Very important foreign policy goal:</i>							
»Helping to bring a democratic form of government to other nations«							
1974	1978	1982	1986	1990	1994	1998	2002
28%	26%	29%	30%	28%	25%	29%	34%
<i>Very important foreign policy goal:</i>							
»Promoting and defending human rights in other countries«							
1974	1978	1982	1986	1990	1994	1998	2002
-	39%	43%	42%	58%	34%	39%	47%

Quelle: Holsti (2000: 159, Table 2-1); CCFR (2002: 19, Figure 2-2)

Von »Democracy Promotion as a Popular Demand«, so der mit einem Fragezeichen versehene Titel eines Beitrags von Ole Holsti, kann folglich kaum die Rede sein:

»(I)t seems clear that leaders who propose to place expansion of democracy at or near the top of the country's post-cold war foreign policy agenda surely cannot count on a powerful groundswell support from (...) the general public (...) *To the contrary, it appears that policymakers who propose to pursue such goals will have to make frequent and effective use of the »bully pulpit« to persuade a sceptical public that promotion of democracy and human rights abroad is indeed a vital national interest*« (Holsti 2000: 180, meine Hervorh.).³⁸

38 *Bully Pulpit* (etwa: hervorragende Kanzel/Plattform) versinnbildlicht die besonderen Möglichkeiten des Präsidentenamtes, die öffentliche Meinung zu mobilisieren.

Auch die zunehmende Koppelung von Demokratieförderungs- und Fragen der nationalen Sicherheit nach den Terroranschlägen von New York und Washington hat daran nichts geändert. So zeigten sich in der CCFR-Umfrage vom September 2005 nur 26 Prozent der befragten US-Bürger davon überzeugt, dass die Welt bei einer Zunahme demokratischer Staaten sicherer würde. Beträchtlich war auch die Skepsis hinsichtlich eines umgekehrt proportionalen Zusammenhangs zwischen Demokratie und Terrorismus, wie er von der Bush-Regierung propagiert wird (vgl. White House 2006: 10f): Nur 45 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass Demokratien besser für die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung sorgten und die Menschen in Demokratien deshalb weniger frustriert und weniger dazu geneigt seien, terroristische Gruppierungen zu unterstützen. Genauso viele der Befragten (46 Prozent) entschieden sich für die Alternativantwort, wonach terroristische Gruppierungen auf Grund ideologischer Überzeugungen unterstützt würden und die Existenz einer demokratischen Regierung daran nichts ändere (CCFR/PIPA/Knowledge Networks 2005a: 5).

3.2. Mission ohne Volk? Die US-Mediendemokratie und (gewaltsame) Demokratieförderung

Nicht nur die (vor allem) mit dem Schutz von Menschenrechten begründeten Militäreinsätze in Bosnien und im Kosovo zeigen, dass eine mediale Manipulation gesellschaftlicher Präferenzen angesichts eines weitgehend selbstbezogenen (manche sprechen hier auch von Egoismus³⁹) und zweckrational kalkulierenden *Demos*, dessen missionarische Ambitionen sich allem Anschein nach in deutlichen Grenzen halten, ein schwieriges Unterfangen sein kann. Gleiches gilt auch für den (unter anderem) mit der Verbreitung der demokratischen Regierungsform begründeten Präventivkrieg gegen den Irak, für den die US-Bürger nur mühsam mobilisiert werden konnten – und das trotz des faktischen (kommunikativen) Ausfalls der parlamentarischen Opposition (Huber 2003) und erheblicher Fehlwahrnehmungen, die offenbar in nicht geringem Maße medial induziert waren (Kull et al. 2003/2004: 588-590). In allen drei Beispielen genügt es schon, das einfachste, grundlegendste und wohl auch am we-

39 So stellt Jason Ralph (2000: 203) mit Blick auf die US-Demokratieförderung fest: »The gap between rhetoric and practice is born of a political reality that idealistic statesmen face when seeking to mobilize an egoistic democracy to support the democratic aspirations of people elsewhere.«

nigsten umstrittene Definitionselement einer medialen Manipulation heranzuziehen, um in dieser Hinsicht von einer weitgehenden (aber bei Weitem nicht absoluten!) Resistenz der US-Bürger sprechen zu können: Gemeint ist eine *signifikante Präferenzänderung* in Richtung des vermuteten Beeinflussungsversuchs.

Im Vorfeld des Irakkriegs von 2003 gab es zwar eine massive Präferenzänderung in Richtung eines gewaltsamen Regimewechsels – allerdings fand sie unmittelbar nach dem 11. September 2001 statt, zu einem Zeitpunkt also, als eine gewaltsame Entmachtung Saddam Husseins noch gar nicht öffentlich von der Bush-Regierung forciert wurde. Hatte sich im Februar 2001 nur eine knappe Mehrheit von 52 Prozent der amerikanischen Bürger für eine nicht näher spezifizierte Entsendung von US-Truppen zum Sturz Saddam Husseins ausgesprochen, so waren das im November 2001 ganze 74 Prozent. Dieser immens erhöhte Wert – mutmaßlich die Folge eines erhöhten Bedrohungsgefühls und eines mehr oder minder spontanen Tatverdachts gegen den langjährigen »Feind« Irak (vgl. für diese These die Zahlen bei Foyle 2004: 272) – reduzierte sich bis zum Juni des darauf folgenden Jahres wieder nach und nach auf 59 Prozent. Die im Sommer 2002 einsetzende öffentliche Kampagne der Administration für einen – aus ihrer Perspektive – Präemptivkrieg gegen den Irak (vgl. dazu den Beitrag von Jürgen Wilzewski in diesem Band) muss deshalb als bestenfalls mäßig erfolgreich eingestuft werden. Zwar stieg die öffentliche Zustimmung in der Folge immer mal wieder an (der Höchstwert lag bei 68 Prozent). Im März 2003 waren mit 59 Prozent der Befragten dann aber wieder genauso viele US-Bürger für einen gewaltsamen Regimewechsel wie vor der Medienkampagne der Bush-Regierung (vgl. Foyle 2004: 273, Figure 1).

Gleiches gilt für die Frage der Opferbereitschaft, die als Indikator dafür betrachtet werden kann, inwieweit es der Administration gelungen ist, die Vorstellung einer existenziellen Bedrohung durch den Irak in der amerikanischen Bevölkerung zu verankern. Zwar konnte die Bush-Regierung hier einen (mutmaßlich manipulativen) Anfangserfolg für sich verbuchen. So stieg zwischen August und September 2002 die Zahl jener Bürger von 42 auf 57 Prozent an, die substanzielle Verluste an Menschenleben auf Seiten der USA im Rahmen eines gewaltsamen Regimewechsels im Irak in Kauf zu nehmen bereit waren.⁴⁰ Danach setzte aber

40 Politisch-institutionell könnte dieser mutmaßlich manipulative Anfangserfolg von einiger Bedeutung gewesen sein, da er sich im unmittelbaren Vorfeld der Verabschiedung der Kriegsermächtigungsresolutionen des Kongresses einstellte.

ein nahezu kontinuierlicher Abwärtstrend ein, der im Januar 2003 nicht nur wieder bei 43 Prozent Zustimmung angelangte, sondern auch ein im Vergleich zu den Werten vom August 2002 (41 Prozent) deutlich gestärktes Lager an Gegnern eines solchen Szenarios zurückließ (48 Prozent) (vgl. Foyle 2004: 274, Figure 2).

Ein weiteres Definitionselement zur Bestimmung einer medialen Manipulation dürfte ebenso unumstritten sein wie die bereits angeführte signifikante Präferenzänderung in Richtung des vermuteten Beeinflussungsversuchs: Um zunächst einmal überhaupt von medialer *Beeinflussung* sprechen zu können, muss der *Demos* im Hinblick auf das Thema, in dessen Kontext eine mediale Manipulation vermutet wird, *einem ausreichenden Maß an dauerhafter Medienberichterstattung ausgesetzt gewesen sein, das für seine signifikante Präferenzänderung verantwortlich zeichnet*. Diese beiden Faktoren sind wohl gemerkt noch keine hinreichenden Definitionskriterien für eine mediale Manipulation. Sie beschreiben lediglich eine mediale Beeinflussung, über deren Natur – manipulativ oder nicht – mit Hilfe weiterer Kriterien geurteilt werden muss.

Im Falle einer medialen *Manipulation*, auch das dürfte im Kern unumstritten sein, müssen die Opfer eines solchen aufoktroierten Autonomieverlusts auf Grund des Wesens der ihnen zur Verfügung gestellten Information weitgehend ihrer Möglichkeiten beraubt worden sein, sich eine *eigenständige* Meinung zu bilden. *Diese Situation ist umso stärker gegeben, je mehr eine einzelne politische Position oder Deutung in einem medialen Diskurs jenseits der 50-Prozent-Grenze dominant ist und durch einseitige journalistische Informationen in Wort und Bild zu ihren Gunsten gestützt wird*. Mediale Diskurse, die eine Manipulation ermöglichen, können sowohl *monopolistischer* (ein einzelner kollektiver Akteur mit einer einheitlichen Position oder Deutung dominiert einen medialen Diskurs jenseits der 50-Prozent-Grenze) als auch *elitärer* Natur sein (eine im medialen Diskurs dominante Position oder Deutung überschreitet die 50-Prozent-Grenze nur deshalb, weil mehrere kollektive Akteure sie propagieren). Werden deutlich ausgeprägte monopolistische oder elitäre Diskurse durch einseitige journalistische Informationen in Wort und Bild verstärkt und reagiert eine Öffentlichkeit auf eine solche Medienberichterstattung mit einer signifikanten *gleichgerichteten* Präferenzänderung, dann (und nur dann) kann man meiner Meinung nach die Authentizität dieser Präferenzänderung begründet in Zweifel ziehen und von einer medialen Manipulation sprechen (vgl. dazu insgesamt Hils 2003a: 62-75).

Die Frage nach der Authentizität gesellschaftlicher Präferenzen ist theoretisch von entscheidender Bedeutung, weil sie die Grundlage eines häufig verwendeten normativen Maßstabs sind, mit dem die Qualität

einer Demokratie gemessen wird. Eine ganze Reihe von Autoren benennt Volkssouveränität oder Volksherrschaft dezidiert als Kernprinzip oder Leitidee der Demokratie (Merkel et al. 2003: 40 u. 44) bzw. als *das* Demokratieprinzip schlechthin (Fuchs 1998: 154) und meint damit in erster Linie responsive Herrschaft (Saward 1994: 15).⁴¹ So formuliert Michael Saward von dem demokratischen Grundprinzip politischer Gleichheit ausgehend:

»The only general rule that can reasonably follow on from the equality assumption is that: substantive policy, and political and administrative actions performed under substantive policy, must correspond to the express preferences of a majority of citizens (...) There should be necessary correspondence between acts of government and the equally weighted express wishes of citizens with respect to those acts« (Saward 1994: 13).

Zu dem gleichen Schluss kommt Dieter Fuchs: In der modernen repräsentativen Demokratie sei die größtmögliche Steuerung der Regierenden durch die Regierten oder (aus der Perspektive der Regierenden) die größtmögliche Responsivität der *Politie* gegenüber den Präferenzen des *Demos* der nahe liegendste normative Maßstab. Je mehr eine real existierende Demokratie diesem Ideal genüge, desto demokratischer sei sie (Fuchs 1998: 155 u. 162).

Nun ist es aber auch denkbar, dass eine real existierende Demokratie zwar keinerlei Defekte im Sinne des Konzepts der »Embedded Democracy« aufweist⁴² und – was *Politikziele* anbelangt – auch grundsätzlich

41 Dieter Fuchs (1998: 162) verortet als Ausgangspunkt dieses weit reichenden Konsenses eine häufig zitierte Bestimmung von Dahl (1971: 1), der sich eine ganze Reihe von Demokratietheoretikern angeschlossen hätte: »I assume that a key characteristic of a democracy is the continuing responsiveness of the government to the preferences of its citizens, considered as political equals.« In der Tat entwickelt etwa David Beetham (1994: 28 u. 41, Fn. 6) das zweite seiner beiden grundlegenden Demokratieprinzipien, *Popular Control* (beim ersten handelt es sich um *Political Equality*), ausdrücklich unter Rekurs auf die Bestimmung Dahls. Vgl. dazu auch den Beitrag von Hans-Joachim Lauth in diesem Band.

42 Die sieben Institutionen der Polyarchie von Dahl (1989: 221), die häufig als eine Art Standarddemokratiedefinition fungieren (so auch bei Czempiel 1996a: 88), finden sich im Konzept der Eingebetteten Demokratie als die Teilregime Wahlen, politische Teilhaberechte und effektive Regierungsgewalt wieder. Die anderen beiden Teilregime – bürgerliche Freiheitsrechte und horizontale Gewaltkontrolle, welche die Dimension des liberalen Rechts- und Verfassungsstaats bilden – gehen über Dahls Definition hinaus (Merkel et al. 2003: 57, Tabelle 2; Puhle 2004: 6 u. 8, Table 3). Vgl. dazu auch den Beitrag von Hans-Joachim Lauth in diesem Band.

responsiv auf die Mehrheitspräferenzen ihres *Demos* reagiert,⁴³ diese Mehrheitspräferenzen aber permanent erfolgreich manipuliert werden. Vor diesem Hintergrund muss das Responsivitätskriterium, soll es nicht jeden Sinn verlieren, um eine Dimension ergänzt werden, die den Authentizitätsgrad gesamtgesellschaftlicher Präferenzen erfasst. So stellt auch Fuchs selbst fest:

»In verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen ist der demokratiethoretische Status der Präferenzen derartig problematisiert worden, dass damit auch die Tragfähigkeit der Responsivität als demokratisches Kriterium in Frage gestellt wird« (Fuchs 1998: 167).

Wenn man das *Ausmaß der Responsivität des politischen Systems* und den *Authentizitätsgrad gesamtgesellschaftlicher Präferenzen* vor diesem Hintergrund als gleichgewichtige Merkmale eines erweiterten demokratischen Standards begreift, ist eine Situation, in der das politische System sich weigert, authentische gesamtgesellschaftliche Präferenzen zur Grundlage seines politischen Handelns zu machen (*blockierte Responsivität*) genauso wenig wünschenswert wie eine, in der es auf manipulierte Präferenzen des *Demos* responsiv reagiert (*verfälschte Responsivität*).⁴⁴

Insofern ist ein vorschnelles positives Pauschalurteil über die nach Meinung vieler Beobachter mehr oder minder einzigartige US-Demokratie (vgl. dazu Hils 2004: 5-7), deren Wesen man unter anderem

43 Auch Dieter Fuchs ist sich natürlich bewusst, dass eine *demokratische* Mehrheitsherrschaft nur eine *beschränkte* Mehrheitsherrschaft sein kann – eine, in der die Rechte der Minderheit respektiert werden (Sartori 1997: 40). Deshalb differenziert er seinen demokratischen Standard aus: Ein politisches System, das eindeutig die Schwelle zur liberalen Demokratie überschritten hat, ist demnach zwar umso demokratischer, je größer die *majoritäre* Responsivität der Politik für die Präferenzen des *Demos* hinsichtlich der Realisierung von *Politikzielen* ist. Gleichzeitig gilt aber, dass es umso demokratischer ist, je größer die *protektive* Responsivität der Politik im Hinblick auf die Veränderung von *Verfassungsnormen* ausfällt. Protektive Responsivität meint im Kern qualifizierte Mehrheiten und damit Minderheitenschutz. Die größte protektive Responsivität läge dann vor, wenn die Präferenzen jedes Bürgers bei einer Entscheidung berücksichtigt würden (Fuchs 1998: 162-166).

44 Die Begrifflichkeiten der blockierten und verfälschten Responsivität sind Hils (2003a: 62-75) entnommen. Zwei weitere Termini vervollständigen das dort entworfene Raster: die *authentische Responsivität*, bei der das politische System auf authentische gesamtgesellschaftliche Präferenzen responsiv reagiert, und der weitgehend (aber nicht völlig) theoretische Sonderfall einer *entkoppelten Responsivität*, bei der es sich weigert, manipulierte Präferenzen des *Demos* zur Grundlage seines politischen Handelns zu machen.

mit den Begriffen der »agency democracy« (King 1997: 10),⁴⁵ der »hyper-democracy« (vgl. Fuchs 1998: 176) oder auch der populistischen Demokratie zu erfassen gesucht hat, sicher nicht angebracht. Denn selbst wenn es zutreffen sollte, dass der Volkswille in den Vereinigten Staaten inzwischen in einen unantastbaren, göttlichen Rang erhoben worden ist (Haskell 2001: 14) und sich »demosclerosis«, also das Problem einer zu hohen Responsivität des politischen Systems gegenüber den Ansprüchen seiner Bürger breitgemacht hat (vgl. Fuchs 1998: 176; so auch King 1997: 9 u. 21) – über die Authentizität des Volkswillens wäre damit noch nichts gesagt: Eine *verfälschte Responsivität* könnte die Regel sein.

Nicht umsonst gelten die USA als der Prototyp einer Mediendemokratie,⁴⁶ deren Definitionsmerkmale die ambivalente Qualität einer dem Volkswillen besonders verpflichteten Demokratie deutlich machen. Im Kern besagt das Konzept der Mediendemokratie, dass mit einem Bedeutungsverlust der politischen Parteien (der als das erste und entscheidende Strukturmerkmal der Mediendemokratie gilt) ein Wandel des Kommunikationsverhaltens der politischen Akteure eingesetzt hat. Mit zunehmend fragilen Mehrheiten in der Bevölkerung und im politischen System konfrontiert, hätten sie sukzessive Kommunikationsressourcen aufgebaut und ausgebaut sowie professionalisiert (was als das zweite Strukturmerkmal der Mediendemokratie angesehen wird), um Mehrheiten durch politische Öffentlichkeitsarbeit immer wieder aufs Neue herstellen zu können. Die gestiegene Bedeutung der politischen *Public Relations* spiegelt sich demnach auch darin wider, dass die politischen Akteure im Zuge des Bedeutungsverlusts der Parteien eine erhöhte Sensibilität gegenüber der Wechselwählerschaft von morgen in Gestalt der aktuellen öffentlichen Mehrheitsmeinung an den Tag legen. Uneinigkeit herrscht allerdings in der Frage, inwieweit das Konzept der Mediendemokratie einen universalen Gültigkeitsanspruch erheben kann. Die Vereinigten Staaten gelten zwar als Prototyp. Jüngst sind aber Zweifel laut geworden, ob ihnen hier wirklich eine Vorreiterrolle zukommt, zumal der Befund eines

45 Das Konzept der *Agency Democracy* umreißt Anthony King so: »(T)hose who govern a country should function as no more than the agents of the mass of the people of that country. The governors' job is not to act independently and to take whatever decisions they believe to be in the national interest. Rather, their job is to reflect faithfully, in all their actions, the view of the majority of the people, whatever those views happen to be« (King 1997: 9/10).

46 Vgl. zu den folgenden Ausführungen Hils (2004: 13-21, 2003a: 92-157) – dort wird die Genese der US-Mediendemokratie nachgezeichnet –; Pfetsch (2001, 1998); Jäger (1992).

Bedeutungsverlusts der politischen Parteien für die parlamentarischen Demokratien Westeuropas alles andere als unumstritten ist.⁴⁷

Das Konzept der Mediendemokratie macht deutlich, dass populistische Tendenzen eine Kehrseite haben,⁴⁸ die es schwierig macht, die demokratische Qualität einer *Agency Democracy* oder *Hyperdemocracy* eindeutig zu beurteilen: Während ein Bedeutungsverlust der Parteien mit einem gestiegenen Einfluss der öffentlichen Meinung im politischen Alltag einhergeht, legt der Aufbau und Ausbau sowie die Professionalisierung von Kommunikationsressourcen auf Seiten der politischen Akteure den Schluss nahe, dass Versuche zunehmen, das Volk in seiner Meinungsbildung zu beeinflussen. Das Mehr an Demokratie im Zuge des gestiegenen Einflusses der öffentlichen Meinung würde so gesehen durch zunehmend manipulierte Präferenzen des *Demos* wieder verloren gehen oder womöglich gar in ein Weniger an Demokratie münden. Allerdings kann von medialen *Beeinflussungsversuchen* nicht einfach auf eine *faktische Manipulation* geschlossen werden: Die Tatsache, dass in den Vereinigten Staaten inzwischen nahezu alle gesellschaftlichen und politischen Akteure (und nicht nur der Präsident) zunehmend versuchen, die öffentliche Meinung via Massenmedien zu beeinflussen, sagt noch nichts über die Qualität einer Berichterstattung und ihre Wirkung auf den *Demos* aus (vgl. Hils 2003a: 131-175).

Dennoch ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass Militärinterventionen im 20. Jahrhundert allem Anschein nach als Katalysatoren für die Öffentlichkeitsarbeit des Präsidenten fungierten,⁴⁹ wobei es be-

47 Der Vollständigkeit halber sei hier angemerkt, dass es auch in der US-Parteienforschung einen (vordergründigen) Streit zwischen so genannten »declinists« und »revivalists« (Appleton/Ward 1995: 113) um die Frage des gegenwärtigen Zustands der amerikanischen Partei(organisation)en gibt (vgl. Hils 2003a: 92-117). Vordergründig deshalb, weil die *Declinists* den Zustand der amerikanischen Parteien in der Regel am so genannten *Responsible-Party*-Modell messen, während die *Revivalists* häufig einer politikökonomischen Perspektive zuneigen und die Regierungs(bildungs)funktion der US-Parteien deshalb bereits darin erfüllt sehen, dass die Demokraten und Republikaner erfolgreich nahezu alle wählbaren Ämter auf Bundesebene mit ihren Vertretern besetzen können und ihnen ihre Parteiorganisationen dabei hilfreich zur Seite stehen.

48 Ich verwende den Begriff populistische Tendenzen hier vollkommen wertfrei und meine damit lediglich eine Bewegung, in der die Stimme des Volkes allmählich größeren politischen Einfluss gewinnt. Eine weitergehende Begriffsdefinition liefert Puhle (1986).

49 Vgl. zur Genese der Öffentlichkeitsarbeit der US-Exekutive Hils (2003a: 131-143, 2002: 75f, 2001: 217f); Hils/Wilzewski (1999: 15-19).

zeichnenderweise Präsident Woodrow Wilson (1913-1921) war, der die junge »media presidency« (Ponder 1998) in jenem Krieg, der »die Welt sicher für die Demokratie« hätte machen sollen, mit dem krönte, was im internen Sprachgebrauch seiner Mitarbeiter ohne Umschweife als Amerikas erstes Propagandaministerium bezeichnet wurde (Jackall/Hirota 1995: 158) – das *Committee on Public Information* oder, nach seinem Leiter so benannt, *Creel Committee*.

Allerdings scheinen mediale *Manipulationen* der Bevölkerung, ja selbst mediale *Beeinflussungen* im Zusammenhang mit der gewaltsamen Demokratieförderung der USA zumindest in der jüngeren Vergangenheit keine ausschlaggebende Rolle gespielt zu haben. Wie bereits ausgeführt gilt das selbst für den Präventivkrieg gegen den Irak, in dessen Vorfeld die Bush-Regierung – um ein Bild von Thomas Graham (1994: 199) zu gebrauchen – eher auf der (kleinen) pro-interventionistischen Welle der öffentlichen Meinung ritt als sie zu erzeugen.

So war auch der öffentliche Druck, dem sich der US-Kongress unmittelbar vor der Verabschiedung seiner Kriegsermächtigungsresolutionen am 10. und 11. Oktober 2002 ausgesetzt sah, alles andere als überwältigend. Zwar war das Interesse der amerikanischen Bürger an der Irakfrage beträchtlich, weshalb man von intensiven Präferenzen ausgehen muss.⁵⁰ Auch hatte sich Anfang Oktober eine deutliche Mehrheit von 62 Prozent in einer Umfrage für einen nicht näher spezifizierten US-Militäreinsatz zur Beendigung der Herrschaft von Saddam Hussein ausgesprochen. Danach befragt, ob sie eine Militäraktion auch dann unterstützen würden, wenn sie mit substanziellen Verlusten an Menschenleben auf Seiten der USA einherginge, antwortete aber nur eine deutlich kleinere Mehrheit von 54 Prozent mit »Ja« – ein Wert, der sich bis Januar 2003 in einem fast kontinuierlichen Abwärtstrend auf 43 Prozent reduzierte (Foyle 2004: 274f, Figure 1 u. 2). Vor diesem Hintergrund betont Louis Fisher völlig zu recht:

50 Lindsay (2003, 2000) hat zu recht darauf hingewiesen, dass es im Hinblick auf das Durchsetzungsvermögen des *Demos* innerhalb des politischen Systems nicht nur auf die Größe einer Mehrheitsmeinung ankommt, sondern auch auf ihre Intensität. Nimmt man den Aufmerksamkeitsgrad gegenüber dem Konflikt als Indikator für diesen Faktor, so ist hier eine deutliche Mehrheit von 77 Prozent der amerikanischen Bürger zu nennen, die in einer *Pew*-Umfrage vom 12. bis 16. September angab, die Debatte über einen möglichen US-Militäreinsatz im Irak »sehr genau« (48 Prozent) oder »ziemlich genau« (29 Prozent) verfolgt zu haben (Pew 2002a: 4). Einen halben Monat später, nur wenige Tage vor der Verabschiedung der Kriegsermächtigungsresolutionen des Kongresses, lagen die entsprechenden Werte bereits bei 60 und 28 Prozent (Pew 2002b: 10).

»A Washington Post story on 8 October described the public's enthusiasm for war against Iraq as »tepid and declining. Americans gave Bush the benefit of the doubt but were not convinced by his arguments. Because of those doubts, »support could fade if the conflict in Iraq becomes bloody and extended. These public attitudes led the *New York Times* to wonder: »Given the cautionary mood of the country, it is puzzling that most members of Congress seem fearful of challenging the hawkish approach to Iraq« (Fisher 2003: 404).

Alles in allem, das sollte dieses Kapitel deutlich gemacht haben, sind Manipulationsargumente kaum hilfreich, um die Neigung der USA zum gewaltsamen Demokratieexport aus der Perspektive der liberalen Theorie zu erklären. Jedenfalls – das zeigen die Fälle Bosnien, Kosovo und auch der Präventivkrieg gegen den Irak – ist eine mediale Manipulation des *Demos* ganz offensichtlich keine unabdingbare Voraussetzung für die »Kriegsfähigkeit« der USA.

4. Delegative Tendenzen – missionarische Außenpolitik? Die defizitäre parlamentarische Kontrolle von US-Militärinterventionen

Ein wichtiger, wenn nicht entscheidender Faktor im Zusammenhang mit der »Kriegsfähigkeit« der USA und ihrer Neigung zum gewaltsamen Demokratieexport ist zweifellos die defizitäre parlamentarische Kontrolle von US-Militärinterventionen. Es geht hier also um jenen Faktor, der laut Czempiel – zusammen mit den ebenfalls bereits genannten anderen vier Voraussetzungen (vgl. Kapitel 3.1.) – gegeben sein muss, damit der Nexus zwischen Demokratie und Gewaltverzicht nach außen zum Tragen kommt: Die Rede ist von einem demokratischen Herrschaftssystem, das die Anforderungen einer Gesellschaft »ausführt und ihr zureichend große Kontrollmöglichkeiten einräumt« (Czempiel 1996a: 89).

Die defizitäre parlamentarische Kontrolle von Militärinterventionen der USA ist dabei keineswegs das ausschließliche oder auch nur primäre Resultat der Terroranschläge des 11. September 2001 und einer angeblich wiederbelebten »imperialen« Präsidentschaft (Schlesinger 2004: 45-67). Das könnte man nach dem verheerenden Expertenurteil zum Irakkrieg zwar vermuten, in dem von einer Wiederauflage der so genannten *Tonkin Gulf Resolution* die Rede ist, mit welcher der US-Kongress Präsident Lyndon B. Johnson (1963-1969) praktisch eine Blankovollmacht für den Vietnamkrieg erteilt hatte:

»Congressional debate in 2002 contains some similarities and differences to the Tonkin Gulf Resolution. The House passed the Iraq resolution, 296-133, compared to the unanimous House vote in 1964. *Yet, the resolutions are virtually identical in transferring to the president the sole decision to go to war and determine its scope and duration.* In each case lawmakers chose to trust in the president, not in themselves. Instead of acting as the people's representatives and preserving the republican form of government, *they gave the president unchecked powers*« (Fisher 2003: 405, meine Hervorh.).

Ein Blick auf die einschlägige Literatur zeigt jedoch, dass die entsprechenden Urteile für die 1990er Jahre in der Regel nur wenig milder ausfallen (vgl. Hils/Wilzewski 2006: 1-3).⁵¹ Die Tendenz des Kongresses, sich dem Präsidenten in der militärischen Interventionspolitik bis hin zur politischen Selbstaufgabe unterzuordnen, kann folglich nicht die ausschließliche Funktion einer äußeren Bedrohung sein. Anders formuliert: Eine reine *Second-Image-Reversed*-Erklärung gemäß dem Diktum »War is like the market: it punishes some forms of organization and rewards others« (Gourevitch 1978: 896) trägt hier ganz offensichtlich nicht. Denn sonst hätte sich in den 1990er Jahren, die im Rückblick als eine Art globale Zwischenkriegsphase zwischen dem Kalten Krieg und dem von der Bush-Regierung so titulierten »Krieg gegen den Terror« erscheinen, auch im Bereich der militärischen Interventionspolitik jene scharfe Polarisierung zwischen Präsident und Kongress im Ergebnis stärker bemerkbar machen müssen, die in der Clinton-Ära für praktisch alle anderen Felder der Außen- und Sicherheitspolitik diagnostiziert worden ist.⁵²

Zumindest für den Bereich der militärischen Interventionspolitik stellt sich somit weniger die Frage, ob die »imperiale« Präsidentschaft nach dem 11. September wiederbelebt wurde oder nicht, sondern vielmehr die Frage: »War sie jemals wirklich verschwunden?« (*Did it ever really go away?*) (Wolfensberger 2002, zit. nach Schreyer 2003: 5).⁵³ Mit einer Beeinträchtigung der horizontalen Gewaltkontrolle, die auf ein Politikfeld begrenzt ist, würden die Vereinigten Staaten zwar noch nicht das

51 Gute Gesamtüberblicke über das Verhalten des Kongresses im Zusammenhang mit den US-Militärinterventionen der 1990er Jahre bieten Fisher (2002), Rudolf (2000) und der umfassende CRS-Report von Grimmet (2004).

52 Vgl. für einen Überblick Hils/Wilzewski (2004: 197-204), Wilzewski (2000), Rudolf/Wilzewski (2000a) sowie umfassend Rudolf/Wilzewski (2000b).

53 Vgl. zum »imperialen« Umgang der Clinton-Regierung mit den Kriegsvollmachten Adler (2002). Schreyer (2003: 20f) erteilt der Administration von George W. Bush in diesem Zusammenhang sogar eindeutig bessere Noten als der Vorgängerregierung. Vgl. dazu auch den Beitrag von Schreyer in diesem Band.

Kriterium für eine delegative (defekte) Demokratie (Merkel et al. 2003: 276-288) erfüllen. Zudem kann keine Rede davon sein, dass die parlamentarische Kontrolle von US-Militärinterventionen überhaupt nicht funktioniert. Allerdings ist sie allem Anschein nach in dem Sinne beeinträchtigt, dass es – entgegen den Intentionen der Gründerväter, die darauf gehofft hatten, ein sich selbst kontrollierendes System schaffen zu können – eines intensiven und dauerhaften öffentlichen Drucks bedarf, bevor der Kongress bereit ist, sich des Korsetts der »Kultur der Unterordnung« (Weissman 1995) zu entledigen und die Exekutive in ihre Schranken zu verweisen (Hils 2003a: 337f; diesen Schluss legt auch der Beitrag von Jürgen Wilzewski in diesem Band nahe).⁵⁴ Das scheint vor allem für Republikanisch kontrollierte Legislativen zu gelten (vgl. Hils/Wilzewski 2006: 68-78).

Vertikale und horizontale Gewaltenteilung, die in der Debatte um eine gewaltvermeidende Außenpolitik der Demokratien als zentrale Mechanismen der Pazifizierung gelten (Teusch/Kahl 2001: 291f; kritisch Daase 2004: 54-64), erscheinen damit in den USA partiell entkoppelt. Und in diesem Zusammenhang könnten dann auch kleinste Zugewinne an öffentlicher Unterstützung für eine Administration in dem Sinne von entscheidender Bedeutung sein, dass sie die Wahrscheinlichkeit weitgehender Handlungsfreiheit innerhalb des politischen System signifikant erhöhen – indem sie nämlich dazu beitragen, einen kriegsablehnenden öffentlichen Druck unterhalb der kritischen Intensitäts- und/oder Größenschwelle zu halten bzw. ihn erst gar nicht entstehen zu lassen.⁵⁵ So

54 Die Theorie des *Conditional Party Government* (Aldrich/Rhode 2001, 2000, 1997/1998) lehrt, dass Kongressmitglieder nur solange nach ihren individuellen, durch die eigene Person und/oder die Vorwahlwählerschaft determinierten *Policy-Präferenzen* handeln, wie ihre Wiederwahlchancen dadurch nicht gefährdet werden (Aldrich/Rhode 2001: 282). Das dürfte auch für verfahrenstechnische Präferenzen gelten, wie sie in einer »Kultur der Unterordnung« zum Ausdruck kommen.

55 Folgt man Thomas Graham, dann genügt eine Mehrheitsmeinung von mehr als 79 Prozent (*Nearly Unanimous Opinion*), um einen automatischen Einfluss des *Demos* innerhalb des politischen Systems zu gewährleisten. Zwischen 79 und 70 Prozent (*Preponderant Opinion*) ist der Einfluss weiterhin substanziell und schreckt jegliche Opposition innerhalb des politischen Systems ab. Immer noch gewichtig und durchsetzungsfähig ist eine Mehrheitsmeinung zwischen 69 und 60 Prozent (*Consensus Opinion*). Als problematisch gilt erst der Bereich zwischen 59 und 50 Prozent (*Majority Opinion*). Unterhalb von 50 Prozent (*Plurality Opinion*) schwindet der Einfluss laut Graham dann völlig (Graham 1994: 197, Table 9-2). Was den Intensitätsfaktor betrifft, werden von Lindsay (2003, 2000) – der diesen Faktor in jüngster Zeit vor allem herausgestellt hat – weder Indikatoren noch Schwellenwerte angeboten. Vgl. aber den Vorschlag bei Hils/Wilzewski (2006: 25).

gesehen könnte es selbst von entscheidender Bedeutung sein, lediglich Intensitäts- und/oder Größenverluste an öffentlicher Unterstützung abzuwenden. In beiden genannten Fällen läge eine (schwer nachweisbare) mediale Beeinflussung gesellschaftlicher Präferenzen vor, allerdings keine (zumindest nicht nach meiner Definition) mediale Manipulation.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wäre es aus einer zweckrationalen Perspektive nur verständlich, wenn amerikanische Regierungen – trotz der weitgehenden Nüchternheit der US-Öffentlichkeit in dieser Frage – auch den Bereich der Demokratieförderung als einen Bestandteil einer breit angelegten Legitimationsstrategie instrumentell einsetzen würden, um damit zwar voraussichtlich nur geringfügige, aber am Ende womöglich entscheidende Zugewinne an öffentlicher Unterstützung zu erzielen.⁵⁶

Auch im Vorfeld des Präventivkriegs gegen den Irak war die öffentlich bekundete Absicht, das Land am Tigris demokratisieren zu wollen, nur eine Rechtfertigungsfigur unter vielen (vgl. exemplarisch dazu Russett 2005: 396). Und selbst der damalige stellvertretende US-Verteidigungsminister, Paul Wolfowitz, der als einer der Architekten des Krieges und zentraler neokonservativer Befürworter der »democracy-as-security-tool« (Mazarr 2003: 511 u. 506) innerhalb der ersten Administration von George W. Bush gilt, wollte in seinem berühmt-berüchtigten Interview mit *Vanity Fair* im Juni 2003, in dem er einräumte, dass man sich innerhalb der Administration auf die Frage der Massenvernichtungswaffen als Kriegsgrund geeinigt habe, weil dem jeder habe zustimmen können, eine gewaltsame Demokratisierung des Irak nicht als Motiv in den Vordergrund rücken. Zwar sei die Befreiung der irakischen Bevölkerung von Saddam Husseins Regime neben der Frage der Massenvernichtungswaffen und der (angeblichen) Verbindung des Irak zur Al-Kaida ein dritter Grund für den Krieg gewesen. Allerdings, so Wolfowitz weiter, keiner, der es für sich genommen wert gewesen wäre, das Leben von amerikanischen Soldaten aufs Spiel zu setzen (»not a reason to put American kids' lives at risk«, zit. nach Schlesinger 2004: 28).

56 So stellt auch Samuel Kernell (1986: 152) in seinem Standardwerk zu medialen präsidentiellen Führungsstrategien fest: »The fact that marginal shifts of preferences, whether in Washington or in the rest of the country, often have major political consequences, is what makes going public a viable strategy.« *Going public* wird von Kernell (1986: 1) als Strategie definiert, mit der der Präsident über die Köpfe seiner politischen Kollegen an ihre Wählerschaft appelliert, um Zustimmung zu seiner Person und Politik zu erzwingen. Vgl. zur »plebiszitären« Präsidentschaft auch den Beitrag von Söhnke Schreyer in diesem Band sowie Hils (2004: 13-21).

Mitunter schien der instrumentelle Umgang mit möglichen Kriegsgründen im Vorfeld des Irakkriegs so weit zu gehen, dass man in der Tat den Eindruck gewinnen konnte, die Bush-Regierung probiere in diesem Zusammenhang einfach jedes nur denkbare Legitimationsmuster aus (Fisher 2003: 391; Szukala 2003: 26) oder verwende je nach Adressat (Foyle 2004: 285 u. 290) und Lage (Russett 2005: 396; Dunn 2003: 296) unterschiedliche Argumente.⁵⁷ Diese Interpretation schließt wohlgerne nicht die Lesart aus, dass sich die Administration in einer Art *Ex-Post*-Rationalisierung des Irakkriegs ihre eigenen, ursprünglich instrumentell angelegten Argumente inzwischen ernsthaft zu Eigen gemacht hat und nun einen konsequenten Kurs der weltweiten Demokratisierung verfolgt, wie er in der zweiten Inaugurationsrede des Präsidenten vom Januar 2005 und der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie vom März 2006 programmatisch umrissen wurde (White House 2006, 2005).

Den politischen Akteuren im Kontext von gewaltsamen Demokratisierungsversuchen *von vornherein echten Idealismus* und nicht nur »cheap talk« (Schweller 2000: 62) zu unterstellen, ist aber auch durchaus mit der liberalen Theorie vereinbar. Denn es ist genauso plausibel anzunehmen, dass die Mitglieder einer Regierung zu jener Gruppe von Individuen in einer Gesellschaft gehören, von denen nicht ausgeschlossen wird, dass sie risikobereit und irrational sind – was übertriebenen Idealismus oder missionarischen Eifer mit einschließt. Die zentrale Frage bleibt dann aber, wie es einer solchen Gruppe möglich ist, ihre abweichenden Präferenzen gegen eine rationale und risikoabgeneigte Gesellschaft durchzusetzen – zumal ein gewaltsamer Demokratieexport alles andere als ein berechenbares und risikofreies Unterfangen ist und deshalb bestenfalls als begrenzt rationale Strategie bezeichnet werden kann. Von den (politischen) Unwägbarkeiten eines Militäreinsatzes und offenen Fragen hinsichtlich des Erfolgs der Mission abgesehen, gilt der Übergang eines Landes in die Demokratie auch als Prozess, in dem die Wahrscheinlichkeit gewalthaltiger zwischenstaatlicher Interaktionen signifikant ansteigt (Mansfield/Snyder 2002, 1995; Chojnacki 2004: 75). Wenn man die Wahrnehmungsdimension im konkreten Fall berücksichtigt, dann schei-

57 Das würde vor allem dann Sinn machen, wenn es innerhalb der Administration in der Tat eine – in der Terminologie der politischen Psychologie – pathologische Fixierung auf den Irak gegeben haben sollte (so das Urteil bei Krell 2004: 400-403). Ein vorzüglicher Vergleich der öffentlich von der Bush-Regierung vorgetragenen Argumente mit der vor dem Krieg bekannten Sachlage, der einen instrumentellen Umgang mit den Fakten nahe legt, findet sich bei Piffner (2004).

nen die US-Bürger zudem alles andere als überzeugte Anhänger des »Demokratischen Friedens« und der von der Bush-Regierung propagierten These eines umgekehrt proportionalen Zusammenhangs zwischen Demokratie und Terrorismus zu sein (vgl. Kapitel 3.1.).

Auch die These von der Aushebelung der Kosten-Nutzen-Kalküle der Bevölkerung (vgl. Kapitel 3.1.) ist bei der Beantwortung der Frage, wie es einer missionarisch veranlagten Regierung möglich ist, ihre abweichenden Präferenzen gegen eine rationale und risikoabgeneigte Gesellschaft durchzusetzen, nur begrenzt hilfreich. Zum einen sind Allgemeinutzen und gesamtgesellschaftliche Risiken eines Militäreinsatzes (gerade im Kontext eines mit vielen Unbekannten behafteten »Kriegs gegen den Terror«) in weiten Teilen keine festen und berechenbaren Größen (mehr), sondern Teil der politischen Auseinandersetzung und medialen Darstellung. So wurde etwa die Frage, ob ein gewaltsamer Regimewechsel im Irak mit einem Mehr oder einem Weniger an Sicherheit für die USA einhergehen würde, im Vorfeld der Militärintervention durchaus unterschiedlich beantwortet. Hier wird man also weitgehend auf das Argument medialer Information, Beeinflussung und Manipulation zurückverwiesen. Zum anderen müsste sich ein ausgehebeltes Kosten-Nutzen-Kalkül zumindest in einer apathischen Gleichgültigkeit gegenüber Militäreinsätzen, wenn nicht gar in einer intensiven Zustimmung niederschlagen – denn warum sollten die Bürger Kriege vehement ablehnen, wenn diese ihren (zweck)rationalen Kalkulationen zufolge mit persönlichem Nutzen, zumindest aber mit keinerlei Risiken verbunden sind? Und hier tauchen für die liberale Theorie dann wieder ähnliche empirische Anomalien auf wie im Zusammenhang mit dem Manipulationsargument. Das wird besonders deutlich, wenn man den US-Kontext verlässt. So konstatiert Harald Müller zum Irakkrieg:

»Vor allem der drastische Kontrast zwischen öffentlichen Mehrheitspräferenzen und Regierungspolitik in demokratischen Ländern wie Italien, Spanien, Dänemark, den Niederlanden, Japan sowie vielen der »Beitrittsländer« Osteuropas gibt der Analyse der Kausalmechanismen, die zwischen Demokratie und Frieden wirken, Rätsel auf. Denn erwartet wird die Antizipation künftigen Wählerverhaltens im Kalkül der Regierenden, denen berechtigterweise der Wunsch zugeschrieben wird (als Individuen oder als Partei), im Amt bleiben zu wollen. Bei einem so drastischen Ereignis wie einem weltpolitisch bedeutsamen Krieg ist die Spekulation auf das Verfallsdatum öffentlicher Meinung hochriskant. Man sollte annehmen, der Mehrheitswille setze sich in Regierungshandeln um; genau dies jedoch geschieht nicht« (Müller 2004: 50).

Man könnte dem noch die Frage hinzufügen, warum die genannten europäischen Regierungen von den sie tragenden politischen Parteien, die aus liberaler Perspektive als direkte Transmissionsriemen zur Gesellschaft fungieren, nicht zur Raison gebracht und auf die kriegsablehnenden Präferenzen der Mehrheit eingeschworen wurden.

Allem Anschein nach ist der politische Handlungsspielraum demokratischer Regierungen hinsichtlich des Einsatzes militärischer Gewalt selbst bei einem intensiven *kriegsablehnenden* öffentlichen Druck noch bei weitem größer als das die liberale Theorie bislang annimmt. Diesen Sachverhalt schlüssig und länderübergreifend zu erklären, ist die zentrale Herausforderung, der sie sich in den kommenden Jahren stellen muss. Dabei gilt zweifellos das Diktum, dass sich der demokratische Krieg nicht mehr länger als Anomalie wegdiskutieren lässt (so die Kritik bei Daase 2004: 67 an Czempiel 1996a). Gleichwohl bleibt die Frage, wo seine genauen Grenzen liegen. Von einem weiteren gewaltsamen Demokratisierungsversuch in der zweiten Amtszeit von George W. Bush scheint angesichts der Schwierigkeiten im Irak und des politischen Klimas in den USA inzwischen niemand mehr auszugehen.

Literatur

- Adler, David Grey (2002): Clinton, the Constitution, and the War Power, in: ders./Michael A. Genovese (Hrsg.), *The Presidency and the Law: The Clinton Legacy*, Lawrence (KS), S. 19-57.
- Aldrich, John H./Rohde, David W. (2001): The Logic of Conditional Party Government: Revisiting the Electoral Connection, in: Lawrence C. Dodd/Bruce I. Oppenheimer (Hrsg.), *Congress Reconsidered* (7. Aufl.), Washington D.C., S. 269-292.
- Aldrich, John H./Rohde, David W. (2000): The Consequences of Party Organization in the House: The Role of the Majority and Minority Parties in Conditional Party Government, in: Jon R. Bond/Richard Fleisher (Hrsg.), *Polarized Politics: Congress and the President in a Partisan Era*, Washington D.C., S. 31-72.
- Aldrich, John H./Rohde, David W. (1997/1998): The Transition to Republican Rule in the House: Implications for Theories of Congressional Politics, in: *Political Science Quarterly*, 112:4, S. 541-567.
- Appleton, Andrew M./Ward, Daniel S. (1995): Measuring Party Organization in the United States: An Assessment and a New Approach, in: *Party Politics*, 1:1, S. 113-131.
- Banks, William C./Straussman, Jeffrey D. (1999): A New Imperial Presidency? Insights from U.S. Involvement in Bosnia, in: *Political Science Quarterly*, 114:2, S. 195-217.
- Baum, Matthew A. (2004a): How Public Opinion Constrains the Use of Force: The Case of Operation Restore Hope, in: *Presidential Studies Quarterly*, 34:2, S. 187-226.

- Baum, Matthew A. (2004b): Circling the Wagons: Soft News and Isolationism in American Public Opinion, in: *International Studies Quarterly*, 48:2, S. 318-338.
- Beetham, David (1994): Key Principles and Indices for a Democratic Audit, in: ders. (Hrsg.), *Defining and Measuring Democracy*, London (u.a.), S. 25-43.
- Bienen, Derk/Freund, Corinna/Rittberger, Volker (1999): *Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus* (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 33), Tübingen.
- Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang (1999): *Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie* (Tübinger Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 34), Tübingen.
- Cameron, David R./Dahl, Robert A./Kaufman, Herbert A./Lindblom, Charles E./Lowi, Theodore J./Tobin, James (1988): Roundtable Discussion: Politics, Economics, and Welfare, in: Ian Shapiro/Grant Recher (Hrsg.), *Power, Inequality, and Democratic Politics: Essays in Honor of Robert A. Dahl*, Boulder (CO), S. 153-167.
- CCFR (Chicago Council on Foreign Relations) (2004): *Global Views 2004: U.S. Public Topline Report* (September), http://www.c CFR.org/globalviews2004/sub/pdf/2004_US_Public_Topline_Report.pdf (aufgerufen am 5.10.2005).
- CCFR (2002): *Worldviews 2002: American Public Opinion and Foreign Policy*, <http://www.worldviews.org/detailreports/usreport.pdf> (aufgerufen am 10.9.2005).
- CCFR/PIPA (Program on International Policy Attitudes)/Knowledge Networks (2005a): *Americans on Promoting Democracy* (Report of Findings, 29. September), http://www.pipa.org/OnlineReports/FP_MakingProcess/Democratization_Sep05/Democratization_Sep09_rpt_revised.pdf (aufgerufen am 29.9.2005).
- CCFR/PIPA/Knowledge Networks (2005b): *Americans on Promoting Democracy* (Questionnaire, 29. September), http://www.pipa.org/OnlineReports/FP_MakingProcess/Democratization_Sep05/DemocratizationCCFR_Sep05_quaire_revised.pdf (aufgerufen am 29.9.2005).
- Checkel, Jeffrey T. (2004): Social Constructivism in Global and European Politics: A Review Essay, in: *Review of International Studies*, 30, S. 229-244.
- Checkel, Jeffrey T. (1998): Review Article: The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: *World Politics*, 50, S. 324-348.
- Chojnacki, Sven (2004): *Demokratien im Krieg: Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001*, in: Christine Schweitzer/Björn Aust/Peter Schlotter (Hrsg.), *Demokratien im Krieg*, Baden-Baden, S. 72-106.
- Cox, Michael (2000): *Wilsonianism Resurgent? The Clinton Administration and the Promotion of Democracy*, in: ders./G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 218-239.
- Cox, Michael/Ikenberry, G. John/Inoguchi, Takashi (2000): Introduction, in: dies. (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 1-17.
- Czempiel, Ernst-Otto (1996a): *Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3:1, S. 79-101.

- Czempiel, Ernst-Otto (1996b): Theorie und Strategie: Überlegungen nach Hajo Schmidts Kommentar, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3:1, S. 117-122.
- Daalder, Ivo H./O'Hanlon, Michael E. (2000): *Winning Ugly: NATO's War to Save Kosovo*, Washington D.C.
- Daase, Christopher (2004): Demokratischer Frieden – Demokratischer Krieg: Drei Gründe für die Unfriedlichkeit von Demokratien, in: Christine Schweitzer/Björn Aust/Peter Schlotter (Hrsg.), *Demokratien im Krieg*, Baden-Baden, S. 53-71.
- Dahl, Robert A. (2001): *How Democratic is the American Constitution?*, New Haven (CT)/London.
- Dahl, Robert A. (1989): *Democracy and its Critics*, New Haven (CT)/London.
- Dahl, Robert A. (1971): *Polyarchy: Participation and Opposition*, New Haven (CT)/London.
- Doyle, Michael (2000): Peace, Liberty and Democracy: Realists and Liberals Contest a Legacy, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 21-40.
- Dunn, David Hastings (2003): Myths, Motivations and »Misunderestimations«: The Bush Administration and Iraq, in: *International Affairs*, 79:2, S. 279-297.
- Fearon, James/Wendt, Alexander (2002): Rationalism v. Constructivism: A Skeptical View, in: Walter Carlsnaes/Thomas Risse/Beth A. Simmons (Hrsg.), *Handbook of International Relations*, London (u.a.), S. 52-71.
- Fisher, Louis (2003): Deciding on War Against Iraq: Institutional Failures, in: *Political Science Quarterly*, 118:3, S. 389-410.
- Fisher, Louis (2002): Clinton's Military Actions: No Rivals in Sight, in: James A. Thurber (Hrsg.), *Rivals for Power: Presidential-Congressional Relations* (2. Aufl.), Lanham (MD) (u.a.), S. 229-253.
- Foyle, Douglas C. (2004): Leading the Public to War? The Influence of American Public Opinion on the Bush Administration's Decision to Go to War in Iraq, in: *International Journal of Public Opinion Research*, 16:3, S. 269-294.
- Fuchs, Dieter (1998): Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien, in: Michael Th. Greven (Hrsg.), *Demokratie – eine Kultur des Westens?* 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Opladen, S. 151-179.
- Gaddis, John Lewis (2005): Grand Strategy in the Second Term, in: *Foreign Affairs*, 84:1, S. 2-15.
- The Gallup Organization (ohne Datum): *Kosovo in Crisis: U.S. Role and Clinton Approval*, <http://www.gallup.com/poll/indicators/indkosovoasp> (aufgerufen am 29.11.2001).
- Gerhards, Jürgen (1997): Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49:1, S. 1-34.
- Gerhards, Jürgen (1994): Politische Öffentlichkeit: Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch, in: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34), Opladen/Wiesbaden, S. 77-105.

- Gourevitch, Peter (1978): *The Second Image Reversed: The International Sources of Domestic Politics*, in: *International Organization*, 32:4, S. 881-912.
- Graham, Thomas W. (1994): *Public Opinion and U.S. Foreign Policy Decision Making*, in: David A. Deese (Hrsg.), *The New Politics of American Foreign Policy*, New York, S. 190-215.
- Grieco, Joseph M. (1997): *Realist International Theory and the Study of World Politics*, in: Michael W. Doyle/G. John Ikenberry (Hrsg.), *New Thinking in International Relations Theory*, Boulder (CO), S. 163-201.
- Grimmett, Richard F. (2004): *The War Powers Resolution: After Thirty Years* (CRS-Report RL32267), Washington D.C. (11. März), <http://www.fas.org/man/crs/RL32267.html> (aufgerufen am 16.5.2006).
- Haftendorn, Helga (1961): *Die politischen Funktion der Parlamentsberichterstattung*, in: *Publizistik*, 6, Sonderdruck.
- Harnisch, Sebastian (2003): *Theoriegeleitete Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels*, in: Gunther Hellmann/Klaus-Dieter Wolf/Michael Zürn (Hrsg.), *Die neuen Internationalen Beziehungen: Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland*, Baden-Baden, S. 313-360.
- Haskell, John (2001): *Direct Democracy or Representative Government? Dispelling the Populist Myth*, Boulder (CO).
- Held, David (1995): *Democracy and the Global Order: From the Modern State to Cosmopolitan Governance*, Cambridge.
- Hendrickson, Ryan C. (1998): *War Powers, Bosnia, and the 104th Congress*, in: *Political Science Quarterly*, 113:2, S. 240-258.
- Hils, Jochen (2004): *Zwischen Hyperdemokratie und »Minderheitstyannei«: Die USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts* (ZENAF Arbeits- und Forschungsbericht 1/2004), Frankfurt am Main.
- Hils, Jochen (2003a): *Repräsentation, Kommunikation, Information: Mediendemokratie und die militärische Interventionspolitik der USA am Beispiel des Kosovo (1998-1999)* (am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität eingereichte Dissertationsschrift), Frankfurt am Main (Oktober) (erscheint Ende 2006 unter dem Titel »Manipuliertes Volk? Mediendemokratie und die militärische Interventionspolitik der USA am Beispiel der Kosovokriege« bei Nomos).
- Hils, Jochen (2003b): *Goodbye Leadership: Die Balkanpolitik der USA nach dem 11. September*, in: Werner Kremp/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung: Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier, S. 425-457.
- Hils, Jochen (2002): *Asymmetrische Kommunikation? – »Newsbeats«, »Sound Bites« und US-Fernsehnachrichten im Vorfeld des Golf- und des Kosovokrieges*, in: Ulrich Albrecht/Jörg Becker (Hrsg.), *Medien zwischen Krieg und Frieden*, Baden-Baden, S. 75-95.
- Hils, Jochen (2001): *Manipulation oder Symbiose? – Medien und politische PR im Kosovokrieg*, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Ulrich Ratsch (Hrsg.), *Friedensgutachten 2001*, Münster (u.a.), S. 217-226.

- Hils, Jochen/Wilzewski, Jürgen (2006): Second Image Reconsidered: Die parlamentarische Kontrolle von Militärinterventionen der USA in den 1990er Jahren (Kaiserslautern Occasional Paper in Political Science 1/2006), Kaiserslautern.
- Hils, Jochen/Wilzewski, Jürgen (2004): Zwischen Republik und Imperium: Die Außenpolitik der USA von Clinton zu Bush, in: Hans-Jürgen Puhle/Söhnke Schreyer/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Supermacht im Wandel: Die USA von Clinton zu Bush*, Frankfurt am Main/New York, S. 193-221.
- Hils, Jochen/Wilzewski, Jürgen (1999): Von der »imperialen« zur »medialen« Präsidentschaft: Medieninformation, gesellschaftliche Partizipation und US-Außenpolitik am Beispiel des Golfkrieges 1991 (ZENAF Arbeits- und Forschungsbericht 2/1999), Frankfurt am Main.
- Holsti, Ole R. (2000): Promotion of Democracy as a Popular Demand?, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 151-180.
- Huber, John D. (2003): Sleepwalking Democrats and American Public Support for President Bush's Attack on Iraq, in: *Constellations*, 10:3, S. 392-407.
- Ikenberry, John G. (2000): America's Liberal Grand Strategy: Democracy and National Security in the Post-War Era, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 103-126.
- Jackell, Robert/Hirota, Janice M. (1995): America's First Propaganda Ministry: The Committee on Public Information During the Great War, in: Robert Jackell (Hrsg.), *Propaganda: Main Trends of the Modern World*, Basingstoke, S. 137-173.
- Jäger, Wolfgang (1992): *Fernsehen und Demokratie: Scheinplebiszitäre Tendenzen und Repräsentation in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland*, München.
- Jentleson, Bruce W. (1992): The Pretty Prudent Public: Post Post-Vietnam American Opinion on the Use of Military Force, in: *International Studies Quarterly*, 36, S. 49-74.
- Jentleson, Bruce W./Britton, Rebecca L. (1998): Still Pretty Prudent: Post-Cold War American Public Opinion on the Use of Military Force, in: *Journal of Conflict Resolution*, 42:4, S. 395-417.
- Kernell, Samuel (1986): *Going Public: New Strategies of Presidential Leadership*, Washington D.C.
- King, Anthony (1997): The Vulnerable American Politician, in: *British Journal of Political Science*, 27:1, S. 1-22.
- Krell, Gert (2004): *Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen* (3. Aufl.), Baden-Baden.
- Krell, Gert (2000): *Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, Baden-Baden.
- Kull, Steven/Ramsay, Clay/Lewis, Evans (2003/2004): Misperceptions, the Media, and the Iraq War, in: *Political Science Quarterly*, 118:4, S. 569-598.
- Legro, Jeffrey W./Moravcsik, Andrew (1999): Is Anybody Still a Realist?, in: *International Security*, 24:2, S. 5-55.

- Lindsay, James M. (2003): Apathy, Interest, and the Politics of American Foreign Policy, in: Bernhard May/Michaela Hönicke Moore (Hrsg.), *The Uncertain Superpower: Domestic Dimensions of U.S. Foreign Policy After the Cold War*, Opladen, S. 41-55.
- Lindsay, James M. (2000): The New Apathy: How an Uninterested Public is Reshaping Foreign Policy, in: *Foreign Affairs*, 79:5, S. 2-8.
- Linz, Juan J. (1994): Presidential or Parliamentary Democracy: Does It Make a Difference?, in: Juan J. Linz/Arturo Valenzuela (Hrsg.), *The Failure of Presidential Democracy*, Baltimore (MD)/London, S. 3-87.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack (2002): Incomplete Democratization and the Outbreak of Military Disputes, in: *International Studies Quarterly*, 46:4, S. 529-549.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack (1995): Democratization and the Danger of War, in: *International Security*, 20:1, S. 5-38.
- Marschall, Stefan (1999): *Öffentlichkeit und Volksvertretung: Theorie und Praxis der Public Relations von Parlamenten*, Opladen/Wiesbaden.
- Mazarr, Michael (2003): George Bush, Idealist, in: *International Affairs*, 79:3, S. 503-522.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter (2003): *Defekte Demokratie. Band 1: Theorie*, Opladen.
- Mermin, Jonathan (1997): Television News and American Intervention in Somalia: The Myth of a Media-Driven Foreign Policy, in: *Political Science Quarterly*, 112:3, S. 385-403.
- Moravcsik, Andrew (2003): Liberal International Relations Theory: A Scientific Assessment, in: Colin Elman/Miriam Fendius Elman (Hrsg.), *Progress in International Relations Theory: Appraising the Field*, Cambridge (MA), S. 159-204.
- Moravcsik, Andrew (1997): Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: *International Organization*, 51:4, S. 513-553.
- Moravcsik, Andrew (1996): Federalism and Peace: A Structural Liberal Perspective, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3:1, S. 123-132.
- Moravcsik, Andrew (1992): *Liberalism and International Relations Theory* (Center for International Affairs Working Paper 92-6), Cambridge (MA).
- Müller, Harald (2004): Demokratien im Krieg – Antinomien des demokratischen Friedens, in: Christine Schweitzer/Björn Aust/Peter Schlotter (Hrsg.), *Demokratien im Krieg*, Baden-Baden, S. 35-51.
- Nau, Henry (2000): America's Identity, Democracy Promotion and National Interest: Beyond Realism, Beyond Idealism, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 127-148.
- Newport, Frank (1999): Support for U.S. Kosovo Involvement Drops (Gallup Poll Analyses, 26. Mai), <http://www.gallup.com/poll/releases/pr990526.asp> (aufgerufen am 29.11.2001).
- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y. (1992): *The Rational Public: Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences*, Chicago (IL)/London.
- Pew Research Center for the People and the Press (2002a): Bush Engages and Persuades Public on Iraq (Questionnaire, 19. September), <http://people-press.org/reports/print.php3?PageID=643> (aufgerufen am 29.9.2005).

- Pew Research Center for the People and the Press (2002b): Americans Thinking About Iraq, But Focused on the Economy (Questionnaire, 10. Oktober), <http://people-press.org/reports/print.php3?PageID=648> (aufgerufen am 29.9.2005).
- Pew Research Center for the People and the Press (1996): Clinton Ratings Hold: Balanced Budget a Public Priority, But Few See Personal Payoff (Questionnaire, 18. Januar), <http://people-press.org/reports/print.php3?PageID=427> (aufgerufen am 29.9.2005).
- Pfetsch, Barbara (2001): »Amerikanisierung« der politischen Kommunikation? Politik und Medien in Deutschland und den USA, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 41-42, S. 27-36.
- Pfetsch, Barbara (1998): Government News Management, in: Doris Graber/Denis McQuail/Pippa Norris (Hrsg.), *The Politics of News: The News of Politics*, Washington D.C., S. 70-93.
- Pfiffner, James P. (2004): Did President Bush Mislead the Country in His Arguments for War with Iraq?, in: *Presidential Studies Quarterly*, 34:1, S. 25-46.
- Ponder, Stephen (1998): *Managing the Press: Origins of the Media Presidency, 1897-1933*, New York.
- Powlick, Philip J./Katz, Andrew Z. (1998): Defining the American Public Opinion/Foreign Policy Nexus, in: *Mershon International Studies Review*, 42:1, S. 29-61.
- Puhle, Hans-Jürgen (2004): Democratic Consolidation and »Defective Democracies«, Frankfurt am Main (unveröffentlichtes Manuskript).
- Puhle, Hans-Jürgen (1986): Was ist Populismus?, in: Helmut Dubiel (Hrsg.), *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt am Main, S. 12-32.
- Ralph, Jason (2001): Review Article: American Democracy and Democracy Promotion, in: *International Affairs*, 77:1, S. 129-140.
- Ralph, Jason (2000): »High Stakes« and »Low Intensity Democracy«: Understanding America's Policy of Democracy Promotion, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 200-217.
- Rhodes, Edward (2003): The Imperial Logic of Bush's Liberal Agenda, in: *Survival*, 45:1, S. 131-152.
- Risse-Kappen, Thomas (1994): Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle, in: Gert Krell/Harald Müller (Hrsg.), *Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen: Festschrift für Ernst-Otto Czempel*, Frankfurt am Main/New York, S. 159-189.
- Rudolf, Peter (2000): Friedenserhaltung und Friedenserzwingung: Militärinterventionen in der amerikanischen Außenpolitik, in: ders./Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht ohne Gegner: Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden, S. 297-334.
- Rudolf, Peter (1999): *Weltmachtspolitik im Wandel: Strukturen, Prozesse und Strategien amerikanischer Außenpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Ebenhausen (unveröffentlichtes Manuskript).

- Rudolf, Peter/Wilzewski, Jürgen (2000a): Der unilaterale Reflex: Amerikanische Außenpolitik vor neuen Herausforderungen, in: dies. (Hrsg.), *Weltmacht ohne Gegner: Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden, S. 9-18.
- Rudolf, Peter/Wilzewski, Jürgen (2000b): *Weltmacht ohne Gegner: Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden.
- Russett, Bruce (2005): Bushwacking the Democratic Peace, in: *International Studies Perspectives*, 6:4, S. 395-408.
- Saad, Lydia (1999): Americans Hesitant, as Usual, About U.S. Military Action in Balkans (Gallup Poll Analyses, 24. März), <http://www.gallup.com/poll/releases/pr990324.asp> (aufgerufen am 18.3.2003).
- Sartori, Giovanni (1997): *Demokratiethorie*, Darmstadt.
- Saward, Michael (1994): Democratic Theory and Indices of Democratization, in: David Beetham (Hrsg.), *Defining and Measuring Democracy*, London (u.a.), S. 6-24.
- Schenk, Michael (1998): Mediennutzung und Medienwirkung als sozialer Prozess, in: Ulrich Sarcinelli (Hrsg.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*, Bonn, S. 387-407.
- Schlesinger, Arthur M. (2004): *War and the American Presidency*, New York.
- Schlesinger, Arthur M. (1989 [1973]): *The Imperial Presidency (With a New Epilogue by the Author)*, Boston (MA).
- Schmidt, Hajo (1996): Kant und die Theorie der Internationalen Beziehungen: Vom Nutzen und den Problemen einer aktualisierenden Kantlektüre – ein Kommentar zu E.-O. Czempiel, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3:1, S. 103-116.
- Schreyer, Söhnke (2003): Zurück zur »Imperialen Präsidentschaft«? – Parteien, Präsident und Kongress Post-9/11 (ZENAF Arbeits- und Forschungsbericht 3/2003), Frankfurt am Main.
- Schweller, Randall (2000): US Democracy Promotion: Realist Reflections, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 41-62.
- Sending, Ole Jacob (2002): Constitution, Choice and Change: Problems with the »Logic of Appropriateness« and its Use in Constructivist Theory, in: *European Journal of International Relations*, 8:4, S. 443-470.
- Shapiro, Robert Y./Page, Benjamin I. (1994): Foreign Policy and Public Opinion, in: David A. Deese (Hrsg.), *The New Politics of American Foreign Policy*, New York, S. 216-235.
- Smith, Steve (2000): US Democracy Promotion: Critical Questions, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 63-82.
- Smith, Tony (2004): A Deal with the Devil, in: *Foreign Affairs*, 83:6, S. 131.
- Smith, Tony (2000): National Security Liberalism and American Foreign Policy, in: Michael Cox/G. John Ikenberry/Takashi Inoguchi (Hrsg.), *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford (u.a.), S. 85-102.
- Smith, Tony (1994a): *America's Mission: The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*, Princeton (NJ).

- Smith, Tony (1994b): In Defense of Intervention, in: *Foreign Affairs*, 73:6, S. 34-46.
- Szukala, Andrea (2003): Medien und öffentliche Meinung im Irakkrieg, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 24-25, S. 25-33.
- Teusch, Ulrich/Kahl, Martin (2001): Ein Theorem mit Verfallsdatum? Der »Demokratische Frieden« im Kontext der Globalisierung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 8:2, S. 287-320.
- Travis, Rick (1998): The Promotion of Democracy at the End of the Twentieth Century: A New Polestar for American Foreign Policy?, in: James M. Scott (Hrsg.), *After the End: Making U.S. Foreign Policy in the Post-Cold War World*, Durham (NC)/London, S. 251-276.
- Weissman, Stephen R. (1995): *A Culture of Deference: Congress's Failure of Leadership in Foreign Policy (With an Update on Bosnia)*, Washington D.C.
- Western, Jon (2002): Sources of Humanitarian Intervention: Beliefs, Information and Advocacy in the U.S. Decisions on Somalia and Bosnia, in: *International Security*, 26:4, S. 112-142.
- White House (2006): The National Security Strategy of the United States of America (März), <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss/2006/nss2006.pdf> (aufgerufen am 22.3.2006).
- White House (2005): Inaugural Address by George W. Bush (20. Januar), <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2005/01/print/20050120-1.html> (aufgerufen am 7.4.2005).
- Wilzewski, Jürgen (2003): Back to Acquiescence? Präsident und Kongress nach den Terrorangriffen auf Amerika, in: Werner Kremp/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung: Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier, S. 63-91.
- Wilzewski, Jürgen (2000): Demokratie und Außenpolitik: Friktionen zwischen Präsident und Kongress, in: Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht ohne Gegner: Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden, S. 38-61.
- Wolfensberger, Donald R. (2002): The Return of the Imperial Presidency?, in: *The Wilson Quarterly*, 26:2, S. 36-41.

